

Bezugspreis:

Wöchentlich 53 Goldpfennig voraus zahlbar. Unter Bezugnahme der Deutschen Postgesetzgebung vom 1. April 1924, ist die Postgebühr für den Abdruck des Blattes auf 1,20 Goldmark für das Abdruck Ausland 1,40 Goldmark pro Woche. Abdruckgebühren nur gegen vorherige Zahlung. Postbezugspreis für Februar 4.— Goldmark.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll und Fein“ mit „Siedlung und Kämpfer“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Wimmel“ und der Frauenbeilage „Frauenwelt“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin*

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Sonnabend, den 16. Februar 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Telefon: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Volksbank-Gesellschaft, Teplitzstraße 3

Anzeigenpreis:

Die einseitige Kopiergebühr 0,70 Goldmark, Reklameweile 1,50 Goldmark. „Reine Reklame“ des festgedruckten Wort 0,20 Goldmark (außer zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellenkunde das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,50 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt nach 4,28.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Einhornstraße 6, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 3 Uhr nachm.

Keine Einfuhrverbote - aber Schutzzölle

Erklärungen des Reichswirtschaftsministers.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichstages hat sich in seiner Sitzung am 14. Februar 1924 mit der geplanten Aufhebung der Einfuhrverbote.

Von der Aufhebung der Einfuhrverbote muß eine einschneidende Einwirkung auf die deutsche Industrie, auf das deutsche Gewerbe, auf die Reichsfinanzen und auf die Währung erwartet werden. Nachdem bereits im Dezember und im Januar Verordnungen über Aufhebung von Einfuhrverboten erlassen worden sind, muß nunmehr die Forderung um so mehr gestellt werden.

Vor Eintritt in die Generalausprache ergriff der Reichswirtschaftsminister Dr. Hamm das Wort:

Schließlich sei Abbau und Aufhebung der Einfuhrverbote notwendig, und zwar von zwei Gesichtspunkten aus: Einmal werden damit unserer Inlandwirtschaft wieder frische Impulse gegeben werden. Gegenüber dem gesunkenen Konsumvermögen Deutschlands habe man allen Anlaß, die Preise so zu senken, soweit es mit der Aufrechterhaltung der Produktion irgend zu vereinigen sei. Diese Voraussetzung sei im Einzelfalle zu prüfen, wobei man mit der harten Tatsache rechnen müsse, daß es auch auf diesem Schlosse nicht ohne rote und verwundete abgehen könne. Der zweite Gesichtspunkt sei der notwendige Anschluß an den Weltmarkt, um aus der Gefahr einer wirtschaftspolitischen Balkanisierung Europas herauszukommen. Hierzu müsse der notwendige Mut aufgebracht werden.

Außenhandelspolitisch stehe Deutschland Schwierigkeiten gegenüber, die gegenüber dem Zustand von 1913 und 1914 außerordentlich gewachsen seien. So erfreulich die Tatsache der Reisbegünstigung in dem Handelsvertrag mit Amerika und die grundsätzliche Einstellung sei, die das englische Volk in den Wahlen bekundet hat, so gehe im ganzen doch weite Teile der Erde ein Drang nach nationaler Abschließung; demgegenüber stehe Deutschland, das schon vor dem Kriege ohne Weltmarkt nicht leben konnte und das jetzt eine große Bevölkerung auf geschmälertem Boden bei schwerstem Verlust an Rohstoffgebieten, an Auslandsvermögen, aber auch an inländischem Sparvermögen und Kapitalkraft zu ernähren habe, in einer Zeit tiefen Absturzes der heimischen Konsumkraft, an deren Niedergang nicht nur die deutsche, sondern die europäische Wirtschaft franske.

Deutschland müsse daher gesteigerte Ausfuhr erstreben. Man könne aber nicht grundsätzlich Ausfuhr fördern und Einfuhr sperren. Das für uns eingeführte Luxusgut, sei für andere notwendige Ausfuhrware, und was für uns notwendige Ausfuhrware, erscheine anderen vielleicht als Luxusgut. Darum müßten wir vom System der Einfuhrverbote, das von Anfang an nur als zeitliche Maßnahme gedacht war, zum System des Schutzzölle übergehen. Das werde nicht mit einem Male und bedingungslos geschehen können. Wir müssen vielmehr erwarten, daß auch in anderen Ländern nur Verbote aufgehoben werden, wenn wir von dort auch andere als lebensnotwendige Waren hereinnehmen.

Notwendig sei es vor allem, in unserem gesamten Gewerbe auf der durch die Festigung der Währung geschaffenen neuen Grundlage die Sparsättigkeit mit allem Nachdruck anzuregen und zu fördern. Ein glänzender Kreditkurs sei hierfür von ausschlaggebender Bedeutung und sei allein in der Sache, die wirtschaftlichen Schäden eines hohen Debitzinses einigermaßen auszugleichen.

In der an die Ausführungen des Ministers sich anschließenden Generalausprache wurde insbesondere betont, daß man die Einfuhr nicht verhindern dürfe. Sie müsse jedoch so gestaltet werden, daß sie mit Waren, d. h. durch Arbeitsleistung, und nicht mit Noten bezahlt werde. Das Interesse müsse sich wieder mehr der handelsvertragspolitisch mit ihren Bindungen zuzunehmen. Diese sei für das Deutschland der Nachkriegszeit mit viel größeren Schwierigkeiten verknüpft als mit denjenigen vor dem Kriege. Diese Schwierigkeit ergebe sich im wesentlichen aus folgenden Gründen: Deutschland sei von einem Überschuldung ein Schuldenland geworden, namentlich gegenüber den Rohstoff- und Nahrungsmittelproduzenten. Seine In-

dustrie habe sich in viel zu starkem Umfange vermehrt und in ihren Bereich noch weitere Bevölkerungsteile gezogen als vor dem Kriege. Dies bedeute einen starken Druck auf eine verstärkte Ausfuhr, um diese Bevölkerung zu ernähren. Endlich hätten sich frühere Rohstoffstaaten in Industriestaaten verwandelt, wodurch die Arbeitsteilung zwischen den Industriestaaten und anderen Staaten sich sehr zumungunsten der Industriestaaten verschoben habe. Nach Aufhebung der Einfuhrverbote, die Erhaltung von Schutzzöllen grundsätzlich abzulehnen, sei nicht angängig. Ein Schutz Zoll sei schon deswegen erforderlich, um das Auslandsdumping zu verhindern.

Die Landwirtschaft dürfe bei der weltwirtschaftlichen Lage nicht ohne Schutz bleiben, wobei man natürlich über die Art dieses Schutzes verschiedener Meinung sein könne. Ein Zollschutz könne angesichts der Gefahren für die Ausfuhr gewerblicher Erzeugnisse nur in möglichem Umfange angewendet werden. Es sei vielleicht aber im Auge zu behalten, die Preisbildung durch die Kartelle und Konventionen, die hier zweifellos den Bogen überspannt hätten, zu übermachen. Die Wirtschaft könne nur wieder erblühen, wenn auch das Land wieder lauffähig werde. Dies könne aber nicht geschehen, wenn die Landwirtschaft, wie z. B. bei der freien Einfuhr von Fleisch, schutz- und wehrlos der Preisbildung preisgegeben werde.

Der Reichswirtschaftsminister nahm zu den einzelnen Punkten der Generalausprache erneut Stellung:

Freigegeben seien bisher von Einfuhrverboten im wesentlichen Waren, über deren Einfuhrfreiheit eine besondere Meinungsverschiedenheit nicht bestehen konnte.

Für die dauernde Orientierung der Außenhandelspolitik werde der Gedanke der Förderung und des Schutzes der nationalen Arbeit und Gesamtwirtschaft einschließlich der Landwirtschaft im wesentlichen allgemein betont werden. Als ein wesentliches Ergebnis der Erörterungen sei mit Befriedigung festzustellen, daß über diese Notwendigkeit eine grundsätzliche Meinungsverschiedenheit sich nicht ergeben habe. Wie der Landwirtschaft schon in ihrer gegenwärtigen Krise zu helfen sei, sei außerordentlich schwierig. Diese Krise habe ihre besonderen, zeitlich vorübergehenden Gründe, vor allem darin, daß die Landwirte unter dem erheblichem Steuerdruck eilig mit ihren Erzeugnissen zu Preisen herausmüssen, die nicht mehr lohnen und eine Beeinflussbarkeit durch den Weltmarktpreis nicht mehr aufweisen.

In diesem Zusammenhang sei der jegliche Tiefstand des Reallohnes auch wirtschaftlich zu bedauern, wenn schon er gegenüber den Inflationsmonaten zumeist erheblich gestiegen sei. Bei allen Erörterungen hierüber aber müsse man zugrunde legen, daß die Gefahr einer neuen Inflation unter allen Umständen vermieden werden müsse. So notwendig eine Verbesserung der Gehaltslage in der Beamtenschaft sei, so dürfe man keinesfalls eine Scheinbesserung anstreben, die zu neuer Inflation führe, denn diese träfe gerade die anscheinend Bevorzugten selbst wieder aufs allerschwerste, da keine Steuer und keine Reallohn- und Kaufkraftminderung so drückend und unentrichtbar sei wie eine neue Inflation. Einem solchen Unfug vorzubeugen sei auch der Zweck der Steueranordnungen. Auch der Privatwirtschaft sei Erhöhung der Löhne an sich erwünscht und in Einzelfällen möge in der Tat der Lohnsatz unter das wirtschaftlich richtige Maß gesunken sein. Im allgemeinen aber müsse man sich für eine gewisse Übergangszeit mit äußerster Erschwerung abfinden, da hohe Löhne wohl eine Erweiterung der Konsumkraft, auf der anderen Seite aber wiederum eine Erhöhung der Produktionskosten bedeuten.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss erklärte sich einmütig mit dem Antrage Baltrusch einverstanden, dahingehend, daß bei der weiteren Beratung über die Aufhebung von Einfuhrverboten sowie bei den vorbereitenden Arbeiten über die künftige Außenhandelspolitik der Reichswirtschaftsrat seitens der Reichsregierung rechtzeitig zur Mitarbeit herangezogen werden möge.

Der kommunistische Linkskurs.

Von F. Garwa.

Es war zu erwarten! Die Gegensätze innerhalb der kommunistischen Partei Rußlands spitzten sich immer mehr zu und erweiterten ihre Auswirkungssphäre. Es handelt sich nicht nur darum, daß die einander bekämpfenden Richtungen, der Parteiapparat und die Opposition darauf angewiesen sind, in der Kommintern und deren Landesaktionen Unterstützung zu suchen. Es geht vielmehr darum, daß die Krise der russischen Partei zusammenfiel mit einem tiefen inneren Gärungsprozeß, den die gesamte kommunistische Bewegung im Westen augenblicklich durchmacht. Deshalb scheint die abklingende Warnung Sinowjens, des Hauptes der Kommintern, die Opposition möge den Fraktionskampf nicht in die Internationale hineintragen, sie möge die ausländischen Bruderparteien in Ruhe lassen und die internationale Disziplin nicht untergraben, unwiederbringlich zu spät zu kommen. Die Diskussion wird bereits außerhalb der russischen kommunistischen Partei ausgetragen.

Wie unterschiedlich die ökonomischen und sozialpolitischen Wurzeln des russischen und des westeuropäischen Kommunismus auch sein mögen, ein gemeinsames Fundament des „Weltbolshewismus“ der Nachkriegszeit existiert zweifellos. Die Krisen sind zwei Erscheinungsarten eines und desselben Vorganges. Beiden liegt der Zusammenbruch des putschistischen Utopismus zugrunde.

Der bestbelegte, wenn nicht gerade der wesentlichste Gedanke des Weltbolshewismus ist — zum mindesten in der Agitation — der des unmittelbaren Ueberganges vom Weltkrieg zur sozialen Revolution gewesen. Die Machteroberung zwecks sofortiger Durchführung des Sozialismus mit den Mitteln terroristischer Diktatur, — das war der Köder, mit dem breite, politisch ungeschulte Massen, die das Kriegselend und die grauamen Folgen der Friedensdiktate zur Verzweiflung getrieben hatten, in die kommunistischen Netze eingefangen wurden. Das Fehlschlagen der Hoffnungen auf einen baldigen Sieg der sozialen Revolution, das Mißlingen der von den Kommunisten in einer Reihe europäischer Staaten unternommenen Generalangriffe —, das waren im großen und ganzen die Ursachen, die eine ideelle und organisatorische Krise des Bolshewismus sowohl in Rußland, als auch in den übrigen Ländern notwendig hervorrufen mußten.

Rußlands neue Wirtschaftspolitik, jener erste Hebel, der auf das Haupt des intransigenten Bolshewismus niederfiel, gab den Anstoß zu einer Umstellung der Taktik der ganzen Kommintern im Sinne eines größeren Realismus. Ähnlich beruht die jegige „Diskussion“ innerhalb der RKP nicht bloß auf der russischen Abfahrtskrise, d. h. der Krise der sogenannten neuen Wirtschaftspolitik und auf der Streitwelle, die sich über ganz Rußland ergießt, sondern zu einem nicht geringen Maße auch auf dem Zusammenbruch aller Illusionen in bezug auf eine kommunistische Revolution in Deutschland, wie sie im Herbst v. J. aufstamm.

„Ich weiß“, sagte Sinowjem in seinem bemerkenswerten Referat über die internationale Lage auf der russischen Parteikonferenz, „als die deutsche Revolution nicht gekommen war, trat bei uns eine sehr große Enttäuschung ein. Ihr hattet uns die Revolution versprochen, sagte man uns, wo bleibt denn eure Revolution?“ In der Tat war diese Enttäuschung dazu angetan, die im Parteistumpf erstarrten und versteinerten Gehirne aufzurütteln. Sie führte auch zu jener Diskussion, deren Folgen noch nicht abzulesen sind. Vor drei Jahren wurde der Ausweg in der neuen Wirtschaftspolitik gefunden. Wo findet man ihn jetzt? Einen Ausweg unter Selbstbefahrung der kommunistischen Diktatur gibt es in Wirklichkeit nicht.

Dieselbe Enttäuschung, die nach dem Fehlschlagen der „deutschen Revolution“ sich der russischen Bolshewiki bemächtigt hatte, verstärkte die Gärung und Zerlegung innerhalb der gesamten Kommintern, insbesondere im Schoße der deutschen Partei, deren revolutionäre Pläne sich so kläglich in ein Nichts aufgelöst hatten. Die bewußte Ignorierung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der bestehenden Machtverhältnisse im Westen das Bestreben, die Sammlung der proletarischen Kräfte im Rahmen der Demokratie durch revolutionäre Ueberrumpelungen seitens einer Minderheit zu ersetzen, beurteilt den europäischen Kommunismus zur gänzlichen Niederlage, zur absoluten Unfruchtbarkeit.

Im Gegensatz zu der bunt zusammengewürfelten russischen Partei, die im ganzen 17 1/2 Proz. Arbeiter unter ihren Mitgliedern hat und ca. 2 Proz. des gesamten russischen Proletariats zu ihren Anhängern zählt, sind die kommunistischen Parteien des Westens ihrer sozialen Zusammenlegung nach reine Arbeiterorganisationen, wenn sie auch von Intellektuellen vom Schlage des rabiat gewordenen Spielbäckers geführt sein mögen. Die tiefen Parteien angehörigen Arbeiter sind weder ihrer Ideologie noch ihren Bestrebungen nach eine einheitliche Masse. Hier findet man vielmehr alles mögliche, — putschistische, anarcho-ignobilitätische Elemente neben den durch Krieg und Friedensverträge radikalisierten Anhängern der Sozialdemokratie. Je weiter sich die Aussicht auf die siegreiche kommunistische Revolution in weite

Beginnende Reichstagsarbeit.

Die Reichsregierung verhandelte in den letzten Tagen mit den Parteiführern über die Reform des Reichstagswahlrechtes und die Tagesordnung der kommenden Reichstagsitzung. Sobald die Fraktionen zur Wahlrechtsreform Stellung genommen haben, will die Regierung sich erneut mit der Frage beschäftigen und dann nochmals mit den Parteiführern Rücksprache nehmen.

Ueber die Tagesordnung des Reichstags wurde eine Einigung dahin erzielt, zunächst eine Antwort der Regierung auf die vorliegenden Palzinterpellationen entgegenzunehmen und gleichzeitig den bekannten Antrag der Deutschnationalen auf Verfolgung der Hochverräter im besetzten Gebiet zu behandeln. Der Velttestenauschuß wird zu Beginn der kommenden Woche zusammentreten und über den weiteren Geschäftsgang beraten. Es ist anzunehmen, daß er auch den Termin zur Entgegennahme einer Regierungserklärung über die innen- und außenpolitische Lage festsetzt.

Preussische Verwaltungsreform.

Der Ausschuss für Verwaltungsreform des preussischen Landtags lehnte am Freitag Anträge der Deutschnationalen, die preussischen Gutsbezirke im jetzigen Umfange beizubehalten, ab. Annahme fand ein Antrag des Zentrums, wonach die Feststellung des Planes für die Auflösung der Gutsbezirke dem Provinzialrat zugestanden wird, gegen dessen Entscheidung Beschwerde an das Staatsministerium zulässig sein soll. Die Richtlinien der Regierungsvorlage über die sachlichen Voraussetzungen für die Auflösung eines Gutsbezirkes wurden noch verschärft; es soll von der Auflösung Abstand genommen werden, wenn ein eigenes Gemeindefleben leicht möglich ist. Zum Schluß der Verhandlungen erklärte Minister Severing, daß die Staatsregierung auf eine beschleunigte Behandlung dieses Reformwerkes der inneren Verwaltung Wert lege.

Ferne verliert, desto unvermeidlicher wird hier eine Scheidung zwischen den anarcho-syndikalistischen Elementen auf der einen, den Opportunisten, wie sie Sinowjew bezeichnet, auf der anderen Seite. In der Mitte bleibt dann ein unentschlüsselter „Sumpf“, der im Kampf der beiden extremen Flügel aufgerieben wird. Bei jedem Ausbruch revolutionärer Stimmungen steigt die „Linke“, beim Abflauen der Welle die „Rechte“. Der Kampf dieser beiden Strömungen, der rein utopischen und der realistischen Eingestellten, führt zu Abspaltungen und Spaltungen.

Der Misserfolg der „versprochenen“ deutschen Revolution rückt in den Mittelpunkt der Tagesaufgaben eine mehr oder minder radikale „Umwertung aller Werte“. In welcher Richtung wird diese Umwertung in Moskau vollzogen werden? Welche Konsequenzen für die Zukunft ergeben sich aus den tragischen Ereignissen in Deutschland?

Im Kampf gegen die Opposition entschloß sich der siegreiche Parteiapparat zu einem entschiedenen Linkskurs auf dem Gebiet der internationalen Politik. Auf diese Weise verlor man, die Opposition von links unmöglich zu machen. Da sich die Opposition auf innenpolitischem Gebiete als die Linke der Partei hinstellt, soll ihr Opportunismus, ihre Reklameinstellung in internationalen Fragen festgenagelt werden! „Ans Tageslicht damit!“, sagt Sinowjew, der neueste Stellvertreter Lenins. In internationalen Fragen habe die Opposition, behauptet der Allgewaltige, eine gefährliche, kleinbürgerliche Rechtsintention. In der Außenpolitik, sagt er, müßten Mädel, Tropf und Krassin wer weiß was für verhängnisvolle Zugeständnisse an das internationale Kapital machen, um ja die Anerkennung nebst Krediten zu erlangen. In der internationalen Arbeiterpolitik besorgen sie die Geschäfte der Zweiten Internationalen, unterstützen sie die Rechtsströmungen in den kommunistischen Parteien des Westens.

Die Opposition hat eine Niederlage erlitten, der Linkskurs triumphiert. Nach der Rede Sinowjews zerstreuen sich alle hinsichtlich der „Einheitsfront“ gehegten Illusionen. Die Fahne des Putschismus, des Sektierertums und der Spaltungspolitik ist erneut aufs Banner gehoben. Schärferer Kampf gegen die Sozialdemokratie! Wieder mit den Kompromissen! Die Taktik der Einheitsfront, wie sie in der sächsischen Koalition ihren Ausdruck fand, ist nach Sinowjew nichts als eine „banale parlamentarische Fäule“. Für die Exekutive der Kommintern ist die Taktik der Einheitsfront nur eine Agitationsmethode.

Die Sozialdemokratie ist ein Flügel des Faschismus, und daraus ergibt sich unsere Taktik. Sind die Sozialdemokraten zu einem Flügel der Faschisten geworden, dann müssen wir ihnen an die Kehle springen! — Also sprach Sinowjew. Nach seiner Auffassung ist der Faschismus ein Agglomerat aus Reaktion und sozialer Demagogie. Was an sich eine ziemlich richtige Charakteristik auch der Partei wäre, die alle politischen Freiheiten vernichtet hat und, um mit demselben Sinowjew zu sprechen, „durch die Aufspaltung der Instinkte der nichtbesitzenden Klassen“ zur Macht gelangt ist. Für die weniger Einsichtsvollen möge folgendes fatale Zusammentreffen als Beispiel dienen. In demselben Augenblick, wo sich die roten Armeen rüsteten, um der deutschen Revolution zur Hilfe zu eilen, wo die deutschen Kommunisten unter Anleitung von Moskauer Agenten den Generalfreie und den bewaffneten Aufstand in Szene zu setzen sich bemühten, wurden im perheißenen Land der proletarischen Diktatur sich spontan über das ganze Gebiet der Republik ausbreitende Streiks rücksichtslos und ohne Erbarmen von den verschiedenen Organen des „roten“ Heeres und der politischen Polizei niedergeworfen. Es genügt dieser Hinweis auf das doppelte Maß, mit dem die russische kommunistische Partei das eigene entrechtete und verendete Proletariat auf der einen Seite behandelt, um auf der anderen Seite die deutschen Arbeiter zur Niederlage zu treiben. Hierin sehen wir zugleich ein bitteres historisches Paradoxon: die äußerste Linke der europäischen Arbeiterbewegung, die die utopisch eingestellten Massen umfaßt, steht unter Vorherrschaft einer Partei, die unaufhaltsam den Prozeß ihrer kapitalistischen Umgestaltung durchmacht und ihre

internationale Arbeiterpolitik immer mehr in ein Instrument nationalstaatlicher Regierungsdiplomatie verwandelt.

Wenn der neue Linkskurs der Kommintern nicht ein bloßes Fraktionsmanöver — ähnlich dem neuerdings in Moskau durchgeführten Feldzug „gegen die Bourgeoisie“ — oder eine eigenartige Aktion zur Förderung der diplomatischen Verhandlungen betreffend die Anerkennung Sowjetrusslands durch die auswärtigen Mächte darstellt, wird er noch weitere Uneinigkeit in die Reihen des internationalen Proletariats hineintragen.

Es ist aber kaum anzunehmen, daß der mit Begeisterung propagierte Linkskurs in den kommunistischen Parteien des Westens so glatt aufgenommen werden wird, wie sich das Sinowjew vorstellt. Der neue Kurswechsel der Kommintern wird den Prozeß der Zersetzung und des Zerfalls der ihr angeschlossenen Parteien zweifellos beschleunigen. Es mag der Exekutive gelingen sein, die Hochzeit der Linken mit dem Sumpf in der deutschen kommunistischen Partei zu bewerkstelligen und die „rechten“ Führer Brandler und Thalheimer durch Ruth Fischer und Maslow zu ersetzen. Auch dies ist nur ein Purrhusfug. Der Zerlegungsprozeß des Kommunismus wird mit unabwendbarer Konsequenz weiter fortschreiten.

Stahlhelm hat Waffen.

Halle a. d. S., 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Im benachbarten Eilenburg wurde durch die Aufmerksamkeit einiger Bewohner bei einem Kaufmann Mann ein Waffenlager entdeckt, das u. a. Militärkarabiner und eine größere Menge zugehöriger Munition enthielt. Die Polizei beschlagnahmte den Fund. Die Waffen waren aufbewahrt im Kofferte des „Stahlhelm“.

Demonstrationsunruhen in Sachsen.

Dresden, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Während in den sächsischen Großstädten der 13. Februar im allgemeinen zu keinen ernstlichen Unruhen geführt hat, ist es in mehreren kleineren Orten zu bedauerlichen Ausschreitungen gekommen. In Einzelheiten wird amtlich u. a. gemeldet: „Bombenanschläge erfolgten in Lauter, Hartmannsdorf und Schwarzenberg, wodurch eine Person verletzt wurde. Zahlreiche Kommunisten sind als Teilnehmer bzw. Anführer der Unruhen verhaftet worden. In Hohenstein-Ernstthal wurden zehn Angehörige der KPD in Haft genommen. Am Nachmittag zogen 200 bis 300 Demonstranten zum Amtsgericht, um die Verhafteten zu befreien. Polizei und Justizbeamte wehrten den Angriff ab. Der Sohn eines Fabrikbesizers wurde auf der Straße erkannt, von hinten angeschossen und schwer verletzt. Die heranziehende Landespolizei traf die Demonstranten schon im Auseinandergehen und fand keinen erheblichen Widerstand. Am Donnerstag wurde gegen eine Hohensteiner Fabrik ein Sprengstoffanschlag verübt und dabei großer Sachschaden angerichtet. In Leipzig wurden Hausdurchsuchungen bei kommunistischen Führern vorgenommen. Wichtiges Material wurde beschlagnahmt.“

Diese Meldungen werden von reaktionären Kreisen in Sachsen mit Wonne aufgegriffen, um die absolute Unentbehrlichkeit des über alles geliebten Ausnahmezustandes zu erweisen. Es bagelt schon wieder Protesttelegramme. Der „Verband sächsischer Industrieller“ und der „Sächsische Landbund“ telegraphierten an die Reichsregierung und an General v. Seedi. Der Wahlkreisverband Ostschlesien der Deutschen Volkspartei wandte sich ebenfalls an den Reichskanzler. Die „Telegraphen-Union“ verbreitet diese Meldungen mit sichtlichem Wohlbehagen. Sie zitiert auch einen Artikel, der angeblich von der Nachrichtenstelle der Sächsischen Staatskanzlei verbreitet werden soll und der aus den bedauerlichen Provokationen im Vogtland den erwünschten Schluß zieht, daß man doch ohne Ausnahmezustand nicht leben kann. Dabei sind die Bombenanschläge, wenn die Meldungen richtig sein sollten, so blass, daß man sie selbst den Kommunisten nicht zutrauen kann und einstweilen lieber Provokationen annehmen möchte. Ob freilich eine Mahnung an die Adresse der

Kommunisten irgendwelchen Sinn hat, ist auch zweifelhaft. Sie bemühen sich jedenfalls mit ihrem Tamtam nach Kräften, der Reaktion Wasser auf die Mühle zu leiten.

Wulle kann schreiben.

Das Verbot des „Deutschen Tageblattes“ aufgehoben. Das „Deutsche Tageblatt“, das wiederholt verboten worden ist und das auch seit dem Verbot der Partei sein Erscheinen einstellen mußte, hatte gegen die in Frage kommende Verfügung des Oberbefehlshabers Beschwerde eingelegt. Der Staatsgerichtshof hat nunmehr entschieden, daß das letzte Verbot zu Unrecht erfolgt sei und das Wiedererscheinen der Zeitung freigegeben.

Die Thüringer Wahl.

Amthliches Wahlergebnis.

Weimar, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das endgültige amtliche Wahlergebnis über die Thüringer Wahlen ergibt für die Sozialdemokratische Partei bei 203 380 für sie abgegebene Stimmen 17 Abgeordnetenmandate. Die Kommunisten erhielten nach dem amtlichen Ergebnis 162 114 Stimmen mit 13 Sitzen im Parlament. Auf den Ordnungsbund entfielen 421 883 Stimmen mit 35 Abgeordneten. Die Deutschvölkischen erhalten 7 Sitze bei 81 706 Stimmen. Von insgesamt 934 634 Wahlberechtigten nahmen 879 494, also weit über 90 Prozent, an der Wahl teil.

Bei der Wahl 1921 zählten die beiden sozialistischen Parteien zusammen 205 566 Stimmen, die Kommunisten 73 709. Die Sozialdemokratie büßte also 62 186 Stimmen ein, während die Kommunisten 88 405 gewannen. Die im Ordnungsbund zusammengeschlossenen Parteien zählten 1921 333 507 Stimmen, sie haben jetzt 88 376 gewonnen, wogegen man noch die 81 000 Völkischen hinzurechnen muß. 1921 beteiligten sich allerdings nur 72 Prozent der Wahlberechtigten an der Abstimmung.

Bei der jetzigen Wahl wurde fast überall von Frauen und Männern getrennt abgestimmt. Es ist nun bezeichnend, daß das Uebergewicht der Frauen beim Ordnungsbund ganz gewaltig ist. Aus einigen Städten, deren Einzelresultate uns gerade vorliegen, geben wir eine vergleichende Zusammenstellung der männlichen und weiblichen Stimmen. Es wurden gewählt:

	männlich	weiblich	
Meiningen:	Sozialdemokraten . . .	789	807
	Kommunisten . . .	580	448
	Völkische . . .	588	1084
Apolda:	Ordnungsbund . . .	1467	2470
	Sozialdemokraten . . .	1431	1592
	Kommunisten . . .	1073	1002
Schmölln:	Völkische . . .	467	439
	Ordnungsbund . . .	3148	3975
	Sozialdemokraten . . .	1810	1611
Meuselwitz:	Kommunisten . . .	584	441
	Völkische . . .	71	87
	Ordnungsbund . . .	1107	1467
Neustadt:	Sozialdemokraten . . .	778	784
	Kommunisten . . .	900	788
	Völkische . . .	60	60
Ordnungsbund . . .	912	1064	

Überall zeigt sich gerade beim Ordnungsbund ein außerordentlich starkes Uebergewicht der weiblichen Stimmen. Was um so kennzeichnender ist, als die Parteien dieses Blocks durchgängig als Gegner des Frauenwahlrechts anzusprechen sind. Die Tatsache zeigt aber auch, daß gerade die weibliche Wählerschaft den Einwirkungen der systematischen Verleumdung am ersten unterliegt.

Zur Abrüstung beitragen soll eine in Rom tagende Unterkommision des Völkerbundes, die einen vorbereitenden Plan für die automatische Ausdehnung des Washingtoner Abrüstungsabkommens auf die nichtsignatarischen Mächte des Völkerbundes ausarbeiten soll.

Die Spähbergenfrage. Norwegen bei Sowjetrussland de jure anerkannt, doch soll eine Hauptbedingung die Anerkennung Spähbergens als norwegisches Gebiet sein.

Hermann Stehr.

Geb. am 16. Febr. 1864.

Von Willibald Dmankowski.

Wenn Hermann Stehr heute 60 Jahre alt wird, steht er mit seinem dichterischen Werk, das die Zonen Dostojewskis streift, vor einem Volk, das ihn nicht kennt, obwohl er in der Sprache dieses Volkes dichtete und schrieb. Denn es ging lieber zu anderen, zu Rudolf Herzog, zu Strach, zu Gonghofer, Otto Ernst, Lovote und Presser; von den unzähligen Eintagsfliegen gar nicht zu reden. Und das ist bei dem Kulturzustand eines Volkes nicht verwunderlich, dessen literarisch-künstlerische Erziehung bei meist grauenhaft ungebildeten Lehrern begann, das dann weitere Nahrung fand in Literaturhandbüchern, die auf die Heiligen der Tradition hinweisen, und das schließlich in dem Unterhaltungsstil der Generalanzeigerpresse seine einschläfernden Geister aufreichte.

Nun hat aber dieser Hermann Stehr weder Willen und Fähigkeit zu unterhalten, noch bietet er „schöne Geschichten“. Er führt keine Leser durch die verfallenen Stollenwege der menschlichen Seele an den Herzschlag der Welt heran, und was es da zu sehen gibt, das sind Rätsel voll dunkler Qual; was es da zu hören gibt, das sind Seufzer und Schreie aus tiefer Not. So wird es verständlich, daß Stehr trotzdem unbeachtet blieb, und es hat symbolische Bedeutung, daß die Literaturpolizisten des deutschen Volkes gleich das erste Buch Stehrs, die Erzählung „Auf Leben und Tod“ bis auf die Druckplatten vernichteten.

Ein Mensch aber, der es wagte, seine Brüder vor einem von Niedenbeamten verhandelt und verhandelten Evangelium zu warnen, mußte zeitig erwidert werden. Die Inquisition des 19. Jahrhunderts. Die über humane Folterkammern und Scheiterhaufen, die nur den Leib quälten und töteten, inzwischen zu weit grausameren Mitteln übergegangen ist: zur langsamen Erstarrung der Seele, hegte die das junge Stehr durch alle Gräber und Höllen; in dieser schlimmen Zeit drohte auch der darberde Leib zu zerbrechen. Vielt man daraufhin den Roman „Drei Räuber“, so weiß man um all die inneren und äußeren Räte, um alle Kämpfe, Kämpfe und Einsamkeiten, denen der junge Landheuer Hermann Stehr erbarmungslos preisgegeben war.

Eingeteilt in eine Gesellschaft verständnisloser Berufsengenossen, die die Kräfte literarischer Vorgesetzten in klassischer Gelassenheit ertragen, sich darunter beläugeln wußten und sich für Spießdienste Vorteile zu erblickern mußten, zieht sich Stehrs empfindsam, nur dem Schönen und Wahrhaftigen aufgetaunte Seele immer tiefer in sich zurück. Er wendet sich ab von den kalten Spießherren mit ihren schlimmen bürgerlichen Ausdrückungen und geht zu jenen, bei denen noch unverfälschtes, reines Menschentum zu finden ist. Der Sohn des Sattlers geht zu den kleinen Leuten, legt sich an ihren Tisch,

nimmt teil an ihren Freuden und Schmerzen, belauscht all ihre große und vielgestaltige Not und wird ihr Anwalt. So nennt er trotz aller Erniedrigungen jene Jahre des Kampfes „reich, berauscht, lachend und kühn“. Langsam und sicher findet er den Kontakt mit Webern, Schindelmachern und anderen kleinen Handwerkern, mit Wald- und Feldarbeitern. Was auf die Seele des Kindes als dunkelschwere Ahnung sich legt, all der Kummer eines um seiner politischen Gesinnung willen geächteten Vaters, alle die Mühseligkeiten und Beladenheiten, unter denen die Mutter weckte vor der Zeit, all das beginnt die gereifte Seele des Mannes zu erfassen in ganzer Fruchtbarkeit. So wird Hermann Stehr der Dichter des proletarischen Menschen. Was Gerhart Hauptmann im Drama, bedeutet Stehr — wie Hauptmann ein Schiefer, geboren in Habeschwerdt — im Roman, wobei er freilich die Mittel seiner Kunstform in weit reichlicher und höherer Maße nützt als jener. Denn wo Hauptmann es häufig mit einer zeichnerischen Geste genug sein läßt, andeutet und weitergeht, bleibt Stehr stehen. Zäh und unerschütterlich packt er gerade das Härteste, Schrotteste, Abseitigste, Unersichtbare und bohrt sich mit ganzer Kraft in das Herz der Dinge hinein. Mit besonderer Liebe legt der Dichter aber das Stelenleben der „Seltsamen“, der seelisch Kranken, der Verbitterten, Einamen, Gefährten, Schiffbrüchigen des Lebens bloß. Hier ist er ein Meister von unerhörter Kraft und Eindringlichkeit.

Stehr setzt beim Leser vor allem Stille voraus, Stille in sich und um sich. Die Romanleser des täglichen Lebens werden mit ihm nichts anfangen können, weil sie seine Sprache nicht verstehen. Stehr lesen heißt: denkend lesen und lesend denken. Aber Stehrs Werk ist nicht etwa nur graue Trübsinnbildung; überall bei ihm blaut der Himmel des reichen, strahlenden Lebens, und immer weiß er die Segen der reinen Natur zu breiten über die Wehen des Erdenbaleins. Er legt: „Zuletzt auch mit himmlischen, göttlichen Augen betrachtet, ist das Leben jedes Menschen gleich zerbrechlich, gleich unvergänglich und groß.“

Aus dem Schmerz gebar sich Hermann Stehrs ganze Dichtung. Langsam und in oft großer, zeitlicher Abständen drach sie sich von seinem Leben los: In fast 25 Jahren ein knappes Duzend Bücher. Nicht zuletzt der menschliche Ernst und die hohe künstlerische Selbstkritik sprechen daraus. Kampfanlage und Wegweiser sind gleich die ersten Romane: „Der Graveur“ und „Reide, der Teufel“. Im „Schindelmacher“ rächt sich ein seinem Altersschicksal überlassener und verlassener Greis an seinen hilflosen Kindern. Die Tragödie einer im grauen Eimerel des Tages hinstehenden subtilen Frauenseele schildert „Lenore Griebel“. Ein Seitenstück zum kleinen Hansels Hauptmanns bietet die Geschichte „Das letzte Kind“, ein gewaltiges, sich bis zu letzten Grausigkeiten steigendes Eheleben und -sterben enthält der oft an die großen Russen erinnernde „Begrabene Gott“. Als letzte Gabe seiner Kunst schenkte Hermann Stehr vor wenigen Jahren die Gedichte: „Ein Lebensbuch“.

Es ist für Stehr bezeichnend, daß er, alles Geräusch eines marktschreierischen Lebens meidend, niemals um die lauten Massen geworden hat. In unserer wunden, wirren Zeit wird seine Dichtung dem ernsthaften Menschen weiterhelfen, ihn führen zu Rast, Bestimmung und Befriedlichkeit.

Links-Schreib-Virtuosen.

Man schreibt uns: Der vor einigen Tagen verstorbene Direktor des Museums für Völkerkunde in Berlin, Prof. von Luchan, interessierte sich auch lebhaft für Links- und Doppelhändigkeit, wozu er durch seine ethnographischen Studien veranlaßt war. Es steht fest, daß alle Kulturvölker gewohnheitsmäßig die linke Hand weit mehr, als wir es tun, zur Mitarbeit auf allen werktätigen Lebensgebieten herangezogen haben. In Schweden, England, Amerika ist die Erziehung zur Doppelhändigkeit schon längst auf die Schulen übergegangen. In Deutschland ist man von diesem Ziel noch weit entfernt. Während des Weltkrieges wurde die Frage wieder akut durch die vielen Tausende von Kriegsteilnehmern, die den rechten Arm verloren hatten.

Schreiber dieser Zeilen, der seit über 20 Jahren abwechselnd mit beiden Händen schreibt, mit der Linken noch erheblich schneller als mit der Rechten, hielt in Berlin im Jahre 1915 vor zahlreichen Einarmigen einen Demonstrationsvortrag über die Doppelhändigkeit. Hierzu hatte ihm Geheimrat von Luchan mitgeteilt, er und sachkundige Freunde hielten Angaben aus der Literatur, daß die Heranziehung der linken Hand bei sonst gesunden Kindern die geistige Entwicklung ungünstig beeinflusse, für falsch. Weiter heißt es: „Ich kenne mehrere hervorragend begabte Leute, die gleichzeitig mit der rechten und der linken Hand schreiben können, mit der linken Hand natürlich Spiegelschrift.“ Das Wort „gleichzeitig“ ist hier unklar. Schreiben mit beiden Händen zu gleicher Zeit wäre nicht nur nutzlose Spielerei, sondern müßte ungünstig auf die Geistesfähigkeit wirken, während das abwechselnde Schreiben oder Zeichnen mit beiden Händen nach zahlreichen Erfahrungen die geistige Entwicklung ohne jeden späteren Schaden sogar sehr fördert. Die Linkschrift ist dann keine Spiegelschrift, sondern genau so korrekt und deutlich lesbar wie die Schrift mit der rechten Hand. Nur ist sie Steilschrift oder neigt nach links.

Arbeiter und Dichter. Der durch die Uebersetzung seiner Romane auch bei uns bekannt gewordene spanische Dichter Benito Perez Galdos genüßt bei seinen Landsleuten eine unbegrenzte Popularität, die den im Jahre 1920 verstorbenen spanischen Voltaire als edlen Volkedichter kennzeichnet. Wie tief diese Liebe wurzelt, dafür erbringt die folgende Geschichte überzeugenden Beweis: Der Stadtrat von Madrid hatte schon vor langer Zeit eine Summe von 15 000 Pesetas bewilligt, die dazu dienen sollte, an dem Haus, in dem Galdos lebte und starb, eine Gedenktafel anzubringen. Aber wie es nicht nur in Spanien zu geschehen pflegt, geriet die Denkmalsangelegenheit allmählich wieder in Vergessenheit. Am letzten heiligen Abend fand sich im Hause des Dichters ein einfacher Arbeiter ein, der den Anteil des Dichters, der gegenwärtig dort wohnt, zu sprechen suchte. „Ich bin“, erklärte er diesem, „ein glühender

Pirmasens und Poincaré.

Er beschuldigt die bayerische Regierung.

Paris, 15. Februar. (Eca.) Kammer. Im Verlauf der Steuerdebatte kam es zu einer kurzen Aussprache über die Ereignisse in der Pfalz. Nach einigen Bemerkungen, daß die Vereinigten Staaten und England noch nicht bereit seien, ihre Rüftungsausgaben zu beschränken, sagte Abg. Lespère, die Ereignisse von Pirmasens hätten die Kammer zum Nachdenken veranlassen. In einem Ort, 11 Kilometer von Frankreichs Grenze, der von den Franzosen besetzt sei, habe eine deutsche Truppe ein Gebäude belagert und gegen die Separatisten gewöhelt. Das beweise eine Angriffskraft, die für die Zukunft nicht gerade beruhigend wirke. Der Royalist Leon Daudet rief, es sei ein außerordentlich ernstes Anzeichen, daß die französischen Behörden eine große Zurückhaltung bewahrt hätten.

Diese Bemerkung veranlaßte Poincaré zu erklären: Die französische Besatzungsbehörde hätte die Neutralität bewahrt, indem sie soweit wie möglich für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung gesorgt hätte. Die Rheinlandkommission habe einstimmig den Belagerungszustand verhängt, und es sei nicht bestimmt festzustellen, ob die Ereignisse Frankreich Recht gegeben haben und ob seine Alliierten begriffen haben, daß der Angriff von der nationalistischen bayerischen Regierung ausging.

Die Lösung der Pfalzfrage.

Mannheim, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die aus je einem Franzosen, Engländer und Belgier bestehende Untersuchungskommission, die im Auftrage der Rheinlandkommission die jüngsten Vorgänge in der Pfalz untersuchen soll, hat ihre Tätigkeit in Speyer damit begonnen, daß sie die Bürgermeister der größten Städte des Landes, von Speyer, Ludwigshafen, Kottbus, Pirmasens und Landau zu sich bat und sich von ihnen Vortrag halten ließ über die Stimmung und die Ereignisse in einzelnen Städten. Die weiteren Verhandlungen wurden mit dem pfälzischen Kreisrat und vor allem dessen Vorsitzenden geführt. Auch die Vertreter der pfälzischen Presse sind bereits von der Kommission gehört worden. Im Verlauf der Verhandlungen gaben die Mitglieder der Kommission von Anfang an ihrer Auffassung einmütig dahin Ausdruck, daß die Pfalzfrage eine Lösung nach den Wünschen der Bevölkerung finden solle; daß aber die Kommission, die ihre Aufgabe dahin sehe, die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen, von der Bevölkerung in Zukunft völlige Ruhe erwarte.

Auch Landstuhl befreit.

Landstuhl, 15. Februar. (Mib.) Die hiesige separatistische Bezirksamtssaußenstelle wurde von den Separatisten geräumt. Nachmittags gegen 2 Uhr zog ein Teil der Bevölkerung vor das Stadthaus, holte die separatistische Fahne herunter und zog dafür eine Fahne in den bayerischen Farben auf. Sodann wurde auch vom Bezirksamtssgebäude, aus dem die Separatisten ebenfalls geflohen waren, die Berräterfahne heruntergeholt. Zu Ausschreitungen oder Ruhestörungen ist es nicht gekommen. Im Finanzamt und in der Bezirksamtssaußenstelle sind die deutschen Beamten wieder eingezogen. Französisches Militär patrouilliert in den Straßen.

Verkehrsfreiheit im besetzten Gebiet.

Wien, 15. Februar. (WLB.) Die Rheinlandkommission teilt mit, daß die Ordnung 177 für alle besetzten Gebiete aufgehoben wird. Der Verkehr ist demnach innerhalb der besetzten Gebiete vollkommen frei. Ebenso ist die Einfuhr von ausländischen oder inländischen Brennstoffen (Kohle, Koks oder Braunkohle) nach dem unbesetzten Deutschland und dem Ausland wieder gestattet. Die Einfuhr ausländischer Kohlen bleibt jedoch weiter von einer Einfuhrbewilligung abhängig.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen in Genf haben begonnen. Vorherrschend ist Souza Dartte (Brasilien). Es handelt sich um die Artikel 3 und 4 des Vertrages über die nationalen Minoritäten, insbesondere um Staatsangehörigkeit und Dpitar.

Bemerkter Don Benito, dessen sämtliche Werke ich kenne. Jeden Tag lese ich ein paar Seiten seiner Bücher und jeden Tag erscheint er mir größer. Mein Weg von und zu der Arbeitsstätte führt mich täglich an Ihrem Hause vorbei. — „Sehr schön“, unterbrach ihn Don Benito. „Aber womit kann ich Ihnen dienen?“ — „Ich komme mit der Bitte“, antwortete der Mann, „mit einfachen Mann zu gestalten, die Gedendafel, mit der der Stadtrat nicht fertig werden kann, persönlich anbringen zu dürfen.“ Selbstverständlich wurde ihm die Erlaubnis erteilt und am Silvesterabend des vorigen Jahres befand sich die Gedendafel auch schon an Ort und Stelle. Der Arbeiter weigerte sich energisch, seinen Namen zu nennen und begründete diese Weigerung, daß ja auch Don Benito von keiner Exzellenz nichts gemerkt habe.

„Revolutionshohheit“ von Sophus Michaëlis. (Renaissance-Theater.) Ein Spiel von Liebeslust und Lebensgier, von Todesfurcht und Heldentum, mit Marcellianenlang und Freiheitschall, ein Schau-Spiel. Blendende Darstellung in den Hauptrollen, perfekte in den Nebenrollen, primitive Regie und ein lauter Erfolg. Dgr.

Ein neuer Weg zur Krebsheilung? Wie uns durch eigenen Drahtbericht aus London gemeldet wird, bringt „Evening Standard“ einen aufsehenerregenden Bericht über neue Krebsforschungen des Dr. Louis Sambon, eines Londoner Fachmannes für Tropenkrankheiten. Dr. Sambon wurde von der britischen Kommission zur Bekämpfung der Krebskrankheiten beauftragt, die asiatische Küste Italiens zu besuchen, um solche Krankheiten in einigen Gegenden außerordentlich häufig aufzutreten. Es gelang den Untersuchungen Dr. Sambons, ganz neues Licht auf die Ursachen des Krebses zu werfen, und es ist denkbar, daß sie zu einer Verhütung der Krankheit führen können. Einige Gegenden, die er besuchte, boten einen günstigen Boden für seine Arbeit. In einer Dreihundert fand er z. B. 500 Personen, die am Krebs litten, in einer anderen war fast jeder Einwohner krebkrank. Nicht weit davon gab es Ortschaften, wo ein Krebsfall seit 20 Jahren nicht mehr vorgekommen war. Eine genaue Untersuchung der Lebensbedingungen in den beiden Gebieten haben zu höchst wertvollen Ergebnissen geführt. Es ist zu hoffen, sagt „Standard“, daß diese Forschungen die Krebsfrage auf den rechten Weg bringen und einen Schritt nach vorwärts bedeuten werden.

Tutanachamen für die Ägypter. Aus Kairo wird gemeldet, die ägyptische Regierung habe beschlossen, die Fortsetzung der Ausgrabungsarbeiten am Grab Tutanachamens dem Departement für Altertumsforschung zu übertragen. Der Eingang des Pharaonengrabes wird gegenwärtig von einer starken Polizeibewachung bewacht. Die Blätter fordern, daß die Ausgrabungen künftig in ägyptischen Händen bleiben.

Eine genaue Nachbildung des Grabes und seines Inhalts wird englischerseits auf der großen britischen Reichsausstellung vorgeführt werden.

Vorträge. Der Kreisliche Minister des Innern Sedwring spricht an der Vorkonferenz über „Weg zu deutscher Zukunft“ am Sonnabend 8 Uhr im Pianisalon des ehemaligen Geitenhauses, Leipziger Straße 3.

Eine Führung durch die Abgusammlung griechischer Bildwerke in der Hauptstadt. Darüberberührung, findet Sonntag, den 17., vormittags 11 Uhr, statt. Eintrittspreis 30 Pf.

Das Gesetz gegen die Gemeinden.

Endlich liegt die so lange umkämpfte dritte Steuernotverordnung in ihrer endgültigen Fassung vor. Sie wird, unbeschadet der Auseinandersetzungen im Reichstag, die Finanzgedarung der Gemeinden aufs wesentlichste beeinflussen. Sie bedeutet gegenüber dem ersten Entwurf für die Gemeindefinanzen in zahllosen wichtigen Punkten eine ganz bedeutende Verschlechterung. Die endgültige Fassung behält zunächst die im ersten Entwurf bereits vorgesehene neue Belastung der Gemeinden bei. Die bisher gezahlten Besoldungszuschüsse fallen fort, der seit Ende Dezember durch eigenartige Berechnungsmethoden des Reichsfinanzministeriums schon wesentlich gekürzte Satz der Zuschüsse, wird vom 1. Februar auf 50 Proz., vom 1. März auf 25 Proz. verfürzt, vom 1. April ab erledigt sich diese Einnahmequelle überhaupt. Es bleibt dabei, daß die Aufgaben der Wohlfahrtspflege, des Schul- und Bildungswesens und der Polizei den Ländern „nach Maßgabe näherer reichsrechtlicher Vorschriften zu selbständiger Regelung“ überlassen werden. Die Angaben der Verordnung auf diesem Gebiete weichen nicht wesentlich von der ursprünglichen Fassung ab. Es bleibt dabei, daß dieser Belastung, deren Ausmaß trotz der Schätzung der Reichsregierung auf 400 Millionen Goldmark noch vollkommen ungenügend ist, verhältnismäßig unbedeutende Erhöhungen der Gemeindefinanzen aus der Neuordnung des Finanzgleichnisses bei Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer gegenüberliegen.

Das Kernstück der neuen Einnahmen verbleibt entgegen dem ausdrücklichen Willen der Parteien die gesetzliche Möglichkeit für die Länder, eine Mietsteuer einzuführen. Die einschlägigen Bestimmungen der Verordnung lassen klar erkennen, daß um diese Mietsteuer und ihre detaillierte Ausgestaltung, durch die ihr Charakter unter Umständen wesentlich beeinflusst, wenn nicht ganz geändert werden kann, die entscheidenden Auseinandersetzungen erst in den Ländern stattfinden müssen. Wir werden also in allen deutschen Ländern in ganz kurzer Zeit die heftigsten parlamentarischen Kämpfe um die Neugestaltung des Mietwesens bekommen. Daß 10 v. H. der auskommenden Steuererträge der Förderung der Neubautätigkeit zugewandt werden sollen, bedeutet nur eine bei der Lage auf dem Wohnungsmarkt unvermeidliche, aber deswegen doch für die bürgerlichen Parteien peinliche Konzession. Viel klarer als in der ersten Fassung kommt der Wunsch der Reichsregierung zum Ausdruck, diese Erhöhung der Mieten, soweit sie Ertragnisse für die Deffizitlast abwirft, auf eine bestimmte Zeit zu beschränken. Als Termin ist der 31. März 1926 angegeben. Die Beschränkung soll nicht etwa erfolgen, weil man hofft, in kurzer Zeit diese unsoziale Steuer durch Belastung des Besitzes zu ersetzen, sondern weil man offenbar auf eine generelle Erhöhung der Mieten, auf eine Aenderung, wenn nicht

gar Beseitigung des Reichsmietengesetzes, zugunsten des Hausbesitzes hinstreut. Der Finanzminister Dr. Lather hat diese seine Auffassung mehrfach bekundet und in der Fassung der Verordnung finden sich die Spuren dieser Anschauung deutlich genug. Die ausdrückliche Festlegung des dem Hauswirt zur Verfügung stehenden Mietanteiles auf 30 Proz. der Friedensmiete am 1. April 1924 bedeutet bereits jetzt schon eine sofortige und wesentliche Steigerung, denn in den Ländern, in denen, wie in Preußen, jetzt bereits 30 Proz. Miete erhoben werden, lassen auf diesen 30 Proz. bedeutende Grundsteuern, die wesentliche Einnahmequellen für Land- und Gemeinden darstellen. Der Ertrag der neuen Steuerquelle ist vollkommen ungesichert. Der Versuch ihrer Erhebung muß zu den schwersten Vermögensverlusten führen und die Gemeinden in ihrer sozialen Aufgabe aufs allererschwerste schädigen. In ganz kurzer Zeit bereits wird sich herausstellen, daß die starke Neubelastung der Gemeinden mit dieser Steuer nicht gedeckt werden kann.

Außerordentlich wichtig für die Gemeindefinanzen sind die Bestimmungen, die die Anleihen der Gemeinden im Gegensatz zu den Anleihen des Reiches und der Länder ausdrücklich besonderen Vorschriften unterwirft. Offenbar soll die Aufwertungsmöglichkeit, die bei den Schuldverpflichtungen des Reiches durch die Reparationskosten eingeengt ist, bei den Gemeinden durch Zugriff auf ihr Vermögen erweitert werden. § 16 Abs. 3 bestimmt ausdrücklich, daß die oberste Landesbehörde beim Vorliegen besonderer Verhältnisse für die Anleihe einer Gemeinde oder eines Gemeindevorstandes eine von den Bestimmungen für die Reichs- und Länderanleihen abweichende Regelung treffen kann. Damit schwebt über allen deutschen Gemeinden die Drohung einer neuen, in ihrem Ausmaß nicht zu überschätzenden Belastung. Und diese Drohung muß selbstverständlich die finanziellen Lage der Gemeinden, die ohne jeden Kredit sind, aufs äußerste erschweren.

Ein gutes hat vielleicht der neue Finanzausgleich doch für sich. Er ist in all seinen Teilen so unzureichend und so sehr Augenblicksarbeit, er bringt so wenig endgültige und finanziell befriedigende Lösungen, daß man ihn ohne weiteres als ein Provisorium bezeichnen kann. Der wirkliche Finanzausgleich steht erst bevor. Er hängt selbstverständlich mit der möglicherweise kommenden Lösung der Reparationsfrage zusammen. Vorläufig werden die Gemeinden auf der neuen Grundlage nur von der Hand in den Mund leben können. Abbau und nicht Aufbau wird unter dem Zeichen dieser, den Stempel der Steuersehe deutlich an der Stirn tragenden Steuerregelung immer noch die Parole der Gemeindepolitik bleiben müssen. Erst die Erlämpfung einer gerechten Verteilung der Steuerlasten und eine Heranziehung der wirklich leistungsfähigen Kreise wird auch den Gemeinden die neuen Lebensmöglichkeiten erschließen, die sie unbedingt gebrauchen.

Französische Klassenjustiz.

Paris, 15. Februar. (WLB.) Der Geschäftsführer der „Humanité“ Baudouin war wegen Verächtlichmachung der Berliner Rede des Dichters Barbusse in Form einer Adresse an die deutsche Arbeiterschaft, insbesondere die des Ruhrgebiets, in Anklagezustand versetzt worden, und gleichzeitig mit ihm die Mitglieder der kommunistischen Jugendvereinigung Poriot und Lebretols. Die Angeklagten sind gestern zu folgenden Strafen verurteilt worden: Poriot zu 6 Monaten Gefängnis und 100 Franken Geldstrafe, Lebretols und Baudouin zu 4 Monaten Gefängnis und 100 Franken Geldstrafe.

Ausschub der französischen Kammerwahlen?

Paris, 15. Februar. (WLB.) Nach dem „Quotidien“ soll der Ministerrat gestern mit Rücksicht auf die voraussichtliche Finanzdebatte in der Kammer und besonders im Senat in Erwägung gezogen haben, die Kammerwahlen bis zum 11. Mai aufzuschieben.

Vor einem Hafenarbeiterstreik in England.

London, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Heute war der kritische Tag in dem Dockarbeiterkonflikt, da wenn die Verhandlungen fehlschlagen, der Streik am Sonnabend beginnen soll. Bisher sind die Versuche, eine Einigung zu erzielen, trotz der Vermittlung des Arbeitsministers Shaw vergeblich gewesen. Infolgedessen hat der Hafenarbeiterverband an die Bezirksleiter in allen Häfen die Anweisung telegraphisch ergehen lassen, die Parole auszugeben, daß die Arbeit am Sonnabend, 12 Uhr mittags, niederzuliegen sei, „es sei denn, daß bis dahin eine Gegenparole eintreffen würde“. Es besteht demnach eine gewisse Hoffnung, daß noch im Laufe des heutigen Abend ein Kompromiß gefunden werde.

Macdonald erkrankt.

London, 15. Februar. (E.P.) Die „Times“ teilen mit, daß Macdonald an Neuritis (Nervenentzündung) erkrankt ist.

Arbeiterpartei und Internationale.

London, 15. Februar. (WLB.) Im Oberhaus sagte gestern Lord Parmoor gegenüber den Behauptungen Lord Charnwoods und des Herzogs von Northumberland, der Premierminister hätte bereits erklärt, daß die Arbeiterpartei von der Internationale vollkommen unabhängig sei. Die Arbeiterpartei werde zu der in ihrem Wahlprogramm enthaltenen Politik stehen.

Der Poplar-Konflikt.

London, 15. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Blätter besprechen ausführlich den von den Liberalen im Unterhaus eingebrachten Antrag gegen den Gesundheitsminister Wheatley. Der Antrag geht dahin, daß die von dem dem-sozialistischen Stadtrat der Londoner Vorstadt Poplar ausgeübte Arbeitslosenunterstützung, die vom Minister gutgeheißen wurden, rückgängig gemacht werden. Die Blätter meinen, daß eine ganze Anzahl Konservativier diesen Antrag unterstützen werden, jedoch soll keine Begründung in einer Form erfolgen, die vom Ministerpräsidenten nicht als ein Mißtrauensvotum gegen ihn oder auch nur gegen den Gesundheitsminister betrachtet zu werden braucht. Der Antrag besagt, daß die vom Minister angeordnete Maßnahme die Gesetzmäßigkeit und Vergütung fördern würde, und erklärt, daß das einzige Mittel, die Schwierigkeiten beizulegen, in denen sich die von der Rot heimgekehrten Bezirke befinden, in einer Reform der Londoner Gemeindevorwaltung liegt. Macdonald sagte am Donnerstag im Unterhaus, daß diese Frage nicht als eine Parteifrage behandelt werden sollte. Es handle sich nicht um einen Gegensatz zwischen Vergütung und Sparhaftigkeit, sondern um die Wirksamkeit dieses oder eines anderen Vorgehens. Indessen erwartet man, daß der liberale Führer Sir John Simon im weiteren Verlauf der Debatte die Zurücknahme der Verfügung des Gesundheitsministers vor allem darum fordern wird, weil sie mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen im Widerspruch steht. Die Arbeiter-

partei stimmt grundsätzlich dem in dem Antrag zum Ausdruck gebrachten Standpunkt zu, daß die Maßnahmen mit den gegenwärtigen gesetzlichen Bestimmungen nicht zu vereinbaren seien; aber wie Macdonald in seiner Rede erklärt hat, handelt es sich um längst veraltete gesetzliche Bestimmungen. Insbesondere müsse die Frage geprüft werden, inwiefern die Kommunalpolitik finanziell den Bedürfnissen der armen Bevölkerung entspreche.

Aenderung der Erwerbslosenfürsorge.

Neue Beitragelast für Arbeitende.

Die Rochtausgabe von WLB. bringt folgende Mitteilung: Der noch immer außerordentlich große Umfang der Arbeitslosigkeit, die Lage der öffentlichen Finanzen und die Notwendigkeit des Gleichgewichts im Reichshaushalt, die gerade in den Verhandlungen mit dem Internationalen Sachverständigenausschuss besonders deutlich geworden ist, haben eine Nachprüfung der Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge im Sinne wirtschaftlicher Ausgestaltung notwendig gemacht. Diese ist in der Verordnung der Reichsregierung vom 13. Februar 1924 erfolgt.

Die Pflicht der Erwerbslosen, für die öffentliche Unterhaltung eine gewissen Gegenleistung durch Arbeit einzuführen, wird beibehalten, jedoch ist der Grundsatz, daß die Pflichtarbeit sich auf gemeinnützige Arbeiten beschränkt, schärfer herausgearbeitet und sichergestellt, daß die Arbeitslosen nur zu solchen Pflichtarbeiten herangezogen werden, die ihnen nach ihrem körperlichen Zustande zugemutet werden können. Zu den Pflichtarbeiten können auch jugendliche Erwerbslose unter 16 Jahren herangezogen werden, die dann auch Unterstützung erhalten. Im übrigen werden Erwerbslose unter 18 Jahren nur unterstützt, wenn die oberste Landesbehörde feststellt, daß der Arbeitsmarkt für diese Altersgruppen besonders ungünstig ist.

Die Kurzarbeiterunterstützung, deren zentrale Regelung für alle Berufe und alle Gegenden sich immer schwieriger erweist, ist in das Ermessen der Obersten Landesbehörden gestellt worden. Einem dringenden Wunsche von Länderseite wurde stattgegeben, indem zur Aufbringung der Kosten der Erwerbslosenfürsorge die Arbeitgeber und Arbeitnehmer künftig mit je 1/2 Hundertheilen vom Lohn herangezogen werden. Andererseits soll geprüft werden, ob nicht Berufsgruppen, bei denen erfahrungsgemäß Erwerbslosigkeit selten ist, durch diese Beiträge unverhältnismäßig belastet wären, und von der Zahlungspflicht auszunehmen sind. Die neue Verordnung gibt hierzu die Möglichkeit.

Abbau der sozialen Fürsorge.

Suspendierung des Hebammengesetzes.

Am ständigen Ausschuh des Landtags wurde der Entwurf einer Verordnung über die vorläufige Aussetzung der Durchführung von Vorschriften des Hebammengesetzes beraten. Das am 1. April 1923 in Kraft getretene Gesetz, das bei aller Unzulänglichkeit den Hebammen annehmbare Vorteile brachte, ist bei einer größeren Reihe von Städten und Gemeinden nach nicht in Kraft getreten. Auch hier müssen wieder die bekannten finanziellen Räte herhalten: die Durchführung der Maßnahmen zu den Hebammenstellen sollen zu hohe Kosten verursachen. Die Regierung wolle das Gesetz suspendieren, bis wieder günstigeren Zeiten den Gemeinden winken. Der Berichterstatter Genosse Dr. Wenzel wandte sich entschieden dagegen, die Aussetzung des Gesetzes ohne jede Befristung zu erklären. An Stelle der Hebammenstellen sollten, so häufig er vor, freie Kommissionen treten, zu denen die Hebammenorganisationen ihre Vertreter entsenden. Diese Kommissionen sollten zunächst an Stelle der Reichs-, Provinz- und Kreishebammenstellen treten. Als Notbehelf könnte man sich mit diesem Vorschlag einverstanden erklären. Es gelang lediglich die Befristung der Suspendierung bis zum April 1925 zu erreichen. Eine kompakte bürgerliche Mehrheit lehnte die freien Kommissionen ab. Seitens der Staatsregierung wurde allerdings zugestimmt, die Hebammenorganisationen sollten bei allen sie angehenden Fragen gehört werden. Eine entsprechende Anweisung werde an die nachgeordneten Behörden ergehen.

Gewerkschaftsbewegung

Die Antwort der Reichsgewerkschaft.

Mit 90 gegen 7 Stimmen bei 14 Stimmenthaltungen hat die diesjährige ordentliche Hauptversammlung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Angewandter den Geschäftsbericht des 1. Vorsitzenden Wenne gebilligt und dem geschäftsführenden Vorstande unter ungeheurer Begeisterung der Delegierten und Gäste ein Vertrauensvotum erteilt. Damit ist — gewiß sehr zur Überraschung der durch tendenziöse Meldungen von interessierter Seite in den letzten Woche irreführenden Öffentlichkeit — bewiesen, daß die Eisenbahnbeamten nach wie vor gewillt ist, unter ihrer bekannten gewerkschaftlichen Führung zusammenzubleiben.

Am 2. Verhandlungstage, dem 13. Februar, beschloß die Hauptversammlung sehr bemerkenswerterweise einstimmig, das vorliegende schriftliche Verlangen des Herrn Verkehrsministers Defer betreffend Befreiung des Streikparagrafen aus der Fassung durch ihre Spitzenorganisation, den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund, gemeinsam mit dem A.F.B. und dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund in Verhandlung nehmen zu lassen. Bis zur Beendigung der von diesen Organisationen zu ergreifenden Verhandlungs- und sonstigen Maßnahmen hat die Hauptversammlung eine eigene Beschlusssatzung über diesen bedeutungsvollen Punkt vertagt.

Stinnes als Bahnbrecher.

Der erste schwere Anschlag gegen den Achtstundentag in Oesterreich ist kürzlich von der Alpinen Montangesellschaft (Stinnes) geführt worden, die in Besprechungen mit den Arbeiterorganisationen durch ihren Sekretär eine generelle Lohnerhöhung mit der Begründung ablehnen ließ, daß eine solche nur in Betracht käme, wenn die Vertreter der Arbeiter in Verhandlungen über eine Verlängerung der Arbeitszeit einträten. Diese Auffassung wurde vom Unternehmervertreter aufrechterhalten, trotzdem er genau weiß, daß das Gesetz über den Achtstundentag eine solche Verlängerung glatte Weg ausschließt und nur in Ausnahmefällen eine beschränkte Zahl von Überstunden zuläßt, die mit einem Zuschlag von 50 Proz. bezahlt werden müssen. Die Verhandlungen blieben denn auch ohne Resultat.

Damit hat nun der offene Kampf um den Achtstundentag auch in Oesterreich begonnen. Die Arbeiterkategorie der österreichischen Alpinen Montangesellschaft sind bereits zu einer Konferenz zusammengetreten und es herrscht die Gewißheit, daß die gesamte Arbeiterkraft Oesterreichs im Abwehrkampf auf ihrer Seite stehen wird.

Auch die Vorstandskonferenz der Gewerkschaften Oesterreichs tritt in einer Ende vergangener Woche angenommenen Entschliessung ihre unbedingte Entschlossenheit zum Ausdruck, dieses Anliegen auf die Lebensinteressen der Arbeiterschaft und der Volkswirtschaft mit allen Kräften abzuwehren. Sie fordert alle Gewerkschaften auf, Vorbereitungen zum Widerstand zu treffen.

Zum Streik in der Damenhutbranche.

Im Streik in der Damenhutbranche ist infolge einer Veränderung in der Lage eingetreten, als der Zustand in Dresden und Breslau abgebrochen wurde und die Arbeit zu den von den Arbeitgebern festgesetzten Bedingungen wieder aufgenommen wurde. Der Streik in Berlin ist demnach in Verhandlungen, die von dritter Seite eingeleitet waren, von den Unternehmern abgeklagt worden.

Eine Versammlung der Streikenden nahm gestern nachmittags einen Situationsbericht entgegen. Ein großer Teil der Diskussionsredner sprach sich für eine Weiterführung des Streiks aus. In geheimer Abstimmung wurde mit großer Mehrheit beschlossen, im Streik auszuharren. Weiter richtete am Schluß der Versammlung an die Anwesenden die Aufforderung, so wie bisher in strengster Solidarität zu verbleiben.

Gegen Arbeitszeitverlängerung und Hungerlöhne.

Eine vom Deutschen Verkehrsbund einberufene Mitgliebertagung der Reichs- und Staatsarbeiter nahm Stellung zu dem einseitigen Diktat der Reichsregierung betr. Verlängerung der Arbeitszeit in den Reichs- und Staatsbetrieben auf 54 Stunden und Herabsetzung der Löhne um durchschnittlich 2 Pf. die Stunde. Nach einem ausführlichen Referat von Kömer vom Bundesvorstand über den Gang der Verhandlungen mit den Vertretern der Reichsregierung und einer Diskussion, in der die Erbitterung gegen das Verhalten der Regierung zum Ausdruck kam, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die am Mittwoch, den 13. Februar 1924, in Bötters Festhallen versammelten Reichs- und Staatsarbeiter, organisiert im Deutschen Verkehrsbund, nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem einseitigen Diktat der Reichsregierung betr. Verregelung der Arbeitszeit. Sie erblicken darin einen glatten Verstoß gegen § 1 der Verordnungsung vom 21. Dezember 1923, wonach die regelmäßige werktätige Arbeitszeit ausschließlich der Pausen die Dauer von acht Stunden nicht überschreiten darf, insbesondere bei den in Ziffer I der Anordnung vom 23. November 1918, worin ausdrücklich die in den Reichs- und Staatsbetrieben Beschäftigten genannt sind.

Die Versammelten erheben des weiteren schärfsten Protest gegen die erneute einseitige Herabsetzung der Stundenlöhne und stellen hierin eine Ausschaltung ihrer Organisation fest. Sie ersuchen den Bundesvorstand, unverzüglich mit

der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion in Verbindung zu treten betreffs Stellung eines Dringlichkeitsantrages wegen sofortiger Erhöhung der Löhne in den Reichs- und Staatsbetrieben. Unter keinen Umständen kann diesen Arbeitern zugemutet werden, noch länger für derartige Hungerlöhne dem Staat ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen.

Die Versammelten verpflichten sich, trotz ihrer wirtschaftlichen Notlage treu zur Organisation zu halten, um zur gegebenen Zeit das ihnen aufgezwungene Diktat von sich abzuschütteln.

Arbeitszeitkampf im Textilgroßhandel.

Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin sollte sich gestern mit dem Abschluß eines Rahmentarifvertrages für die Angestellten im Großhandel beschäftigen. Nachdem die direkten Verhandlungen bereits gescheitert waren, wurde den Parteien aufgegeben, in nochmalige Verhandlungen einzutreten. Herr Gewerberat Kömer glaubte jedoch darüber hinaus mit den Arbeitgebervertretern zusammen den Vorschlag machen zu müssen, die Arbeitszeit nach folgenden Grundzügen zu regeln: Die Arbeitszeit beträgt 48 Stunden, sie kann jedoch entsprechend den wirtschaftlichen Notwendigkeiten bis auf 54 Stunden ausgebeugt werden. Überstundenbezahlung erfolgt erst über die 54stündige Wochenarbeitszeit hinaus. Dieser Vorschlag soll die Grundlage für die Verhandlung bilden. Ein endgültiger Spruch wird erst gefällt, sobald es nicht möglich ist, im Laufe der nächsten Woche eine Verständigung zu erzielen.

Inzwischen hat der Arbeitgeberverband des Großhandels an seine Mitglieder Rundschreiben versandt, in denen besondere Anweisungen für die Verlängerung der Arbeitszeit in den Betrieben gegeben werden. Besonders wird darauf hingewiesen, daß überall da, wo bisher noch eine längere Arbeitszeit bestand, sofort die Einführung der 48-Stunden-Woche erfolgen müsse. Es wird ferner auf die Notwendigkeit der Vereinbarung einer längeren Arbeitszeit in den Betrieben in Form von Arbeitsordnungen oder freiwilliger Mehrarbeit, die natürlich in keinem Falle zu bezahlen ist, hingewiesen. Besonders wird nunmehr die folgende Sach in der Erläuterung der „freiwilligen“ Mehrarbeit an:

Die Betriebsvereinbarung wäre hier die Zusammenfassung der auf freiem Einverständnis beruhenden Einzelverträge der einzelnen Betriebsangestellten. Wenn der einzelne Arbeiter die ihm durch solche freiwillige Mehrarbeit entstehenden persönlichen Vorteile erlangt hat und seiner Willensentschließung zurunde legt, dürfen gesetzliche Voraussetzungen für Ungültigkeit solcher freiwilligen Abkommen und für Strafbarkeit des Arbeitgebers nach § 11 Abs. 3 nicht gegeben sein.

Wir machen besonders darauf aufmerksam, daß diese sogenannten freiwilligen Vereinbarungen in jedem Falle abzulehnen sind. Die Frage der Arbeitszeit sowie der übrigen Bestimmungen wird nicht einzeln, sondern von Organisation zu Organisation geregelt. Der Hinweis der Arbeitgeber im Rundschreiben, daß die Tarifverträge größtenteils abgelaufen sind und dadurch die Möglichkeit einer Verlängerung der bisherigen Arbeitszeit gegeben ist, ist irrig, denn die bisherigen Bestimmungen des Tarifvertrages sind Bestandteile des Arbeitsvertrages geworden und es sollte nur nach vorheriger Auffündigung zu ändern. Eine Versammlung der Angestellten findet statt, sobald ein greifbares Resultat vorliegt. Nähere Auskünfte erteilt der Zentralverband der Angestellten im Zweigbüro, Kommandantenstr. 63/64.

Konflikt im Expeditionsgewerbe.

Die Angestellten des Expeditionsgewerbes, soweit sie im I.D.L. organisiert sind, nahmen Donnerstag in einer auf beschleunigte Verhandlung zu dem Vorschlag der Arbeitgeber betreffend Regelung der Festwagegehälter Stellung. Als weitere referierte über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. Der Schlichtungsausschuß für den Monat Januar brachte den Arbeitnehmerorganisationen die Empfehlung, mit den Arbeitgebern über einige Punkte des Tarifvertrages, die von den Arbeitgebern als besonders drückend empfunden wurden, zu verhandeln. Doch der Appell kommt beim I.D.L. nicht an. In einer unerbittlichen Besprechung, die die Tarifvertragsparteien hatten, überreichten die Unternehmer einen Strauß von Forderungen. Die Erfüllung dieser Forderungen hätte von dem bis zum 31. August dieses Jahres laufenden Tarifvertrag nichts übriggelassen. Nach stundenlangen Verhandlungen kristallisierte sich schließlich folgender Vorschlag der Arbeitgeber heraus: Ein wesentlicher Abbau des Urlaubs, 6 unbezahlte Überstunden in jeder Woche, dafür Verringerung der Januargehälter für den Monat Februar. Die Entrüstung der Angestellten über dieses reaktionäre Gebaren ihrer Arbeitgeber kam in der Diskussion reichlich zum Ausdruck. Der Vorschlag der Arbeitgeber wurde einstimmig abgelehnt. Die Angestellten haben damit ihren Willen bekundet, den Gehältern der Arbeitgeber nach Abbau des Tarifvertrages und des Gehalts energischen Widerstand entgegenzusetzen.

Einseitige Ergänzung eines Schiedsspruches.

Am 2. Februar d. J. wurde unter dem Vorsitz von Gewerberat Kömer im Schlichtungsausschuß Groß-Berlin ein Schiedsspruch für die Textilarbeiter Berlins und Rommows gefällt, der laut Vereinbarung sofort für verbindlich galt und nach Verständigung durch den Vorsitzenden von beiden Parteien ohne irgend-einen Einspruch als zu Recht bestehend anerkannt wurde. Dieser Schiedsspruch sah die Verregelung der Löhne sowie der Arbeitszeit ab 28. Januar 1924 vor, aber keine Dauer. Da der Schiedsspruch für die Arbeiter äußerst ungünstig war, kündigten sie das Abkommen zum 5. Februar 1924.

Am 8. Februar 1924 erließ der Textilarbeiterverband vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin erneut denselben Schiedsspruch per Kopypost mit der Ergänzung: „Die Regelung der Arbeitszeit gilt für die Dauer des Manteltarifvertrages, das Lohnabkommen bis zum 31. März d. J.“

Dieses Vorgehen des Gewerberats Kömer ist gesetzlich widrig. In der Schlichtungsordnung vom 23. Dezember 1923 heißt es in § 21 Abs. 6 wörtlich: „Der Schiedsspruch ist vor der Verkündung schriftlich abzufassen, vom Vorsitzenden zu unterschreiben und zu verkünden.“ Weiter der Vorsitzende noch keine beiden Mitvorsitzenden haben das Recht, selbstständig eine Veränderung des zustandekommenden Schiedsspruches vorzunehmen. Wir werden den Gedanken nicht los, daß Herr Gewerberat Kömer von gewissen ihm nahestehenden Kreisen beeinflusst worden ist, diese Ergänzung vorzunehmen. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat unterm 11. Februar eine Beschwerde an das Preussische Handelsministerium gerichtet. Wir sind gespannt, wie sich das Preussische Handelsministerium zu dieser Beschwerde stellt.

Die 5. Internationale Arbeitskonferenz.

In einem Bande von 494 Quartseiten liegt nun der vollständige Bericht über die fünfte Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz vor, die vom 22. bis 29. Oktober 1923 stattfand. Der Bericht enthält besonders reichliche Angaben über die allgemeinen Grundzüge der Arbeitsaufficht, welche den einzigen Gegenstand der Tagesordnung bildeten.

Auf dieser Konferenz waren insgesamt 42 Staaten durch Delegierte vertreten, eine größere Zahl als jemals vorher. Es ist von großer Bedeutung, daß sich Vertreter der Regierungen, der Arbeiter und der Unternehmer aus so vielen Ländern nach mehrwöchiger Verhandlung auf Grundzüge einigten, denen mancherlei Schwierigkeiten entgegenstehen, wie es bei der Arbeitsaufficht der Fall ist. Der Vorsitzende der Konferenz, Dr. Adachi, japanischer Botschafter zu Brüssel, kennzeichnet das Ergebnis der Verhandlungen in seiner Schlussanrede, indem er ein japanisches Sprichwort anführt, das lautet: „Wenn wir 10 Minuten unter demselben Baum beisammen sind, so bleiben unsere Schiffe über Grad hinaus die gleichen.“ Weiter sagte er, daß die Konferenz während der ganzen Tagung von dem einzigen Wunsch befeuert war, für die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit zu wirken. Der Vorschlag für die Staatsgesetzgebung, den die Konferenz einstimmig beschloß, legt in Einzelheiten die Richtlinien dar, welche bei der Organisation der Arbeitsaufficht in den verschiedenen Ländern befolgt werden sollen.

Deutscher Berggewerkschaft, Fachgruppe der Lötler. Dem Schiedsspruch vom 2. Februar 1924 wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß ab 22. Januar 1924 der Stundenlohn der Lötler 10 Pf. beträgt. Die Löhne gelten bis 20. März und laufen jeweils eine Woche weiter, sofern nicht mit einwöchentlichem Frist eine Abänderung erfolgt.

Der Dornarbeiterstreik ist beendet. Es wurde durch den Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch gefällt, der den Achtstundentag, der ohnehin nicht mehr fruchtbar war, enthält; ferner bleiben die inaktiven Bestimmungen des alten Tarifvertrages und die eines der Hauptstreikpunkte bilden. Jedoch wurde der Wochenlohn in Stundenlohn umgewandelt. Der Stundenlohn beträgt in der Spitze für Männer 57 Pf. und für Frauen 43 Pf. Zirkel 50 Streikende wurden nicht mehr eingestellt, jedoch dürften sie im Laufe der Woche fast reiflos in den Betrieben, die schon in den ersten Streiktage den Tarif anerkannten, untergebracht sein, zumal jetzt Hochkonjunktur besteht.

Die Streiklage in Krefeld. Der Streik der Metall- und Textilarbeiter dauert unverändert fort. Das große Stahlwerk Beder in Wülfrath, die Rheinholzbütte und das Krefelder Stahlwerk liegen nach wie vor still, ebenso sämtliche Betriebe der Samt- und Seidenindustrie. Nur in einigen kleineren Betrieben, wo die 48-Stunden-Woche und der bisherige Lohn grundsätzlich für längere Dauer von dem Unternehmertum anerkannt wurde, ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Ausperrung der schließlichen Hüttenarbeiter. Seit gestern stehen sämtliche Hüttenwerke im Freistaat Sachsen still. Rund 10 000 Arbeiter sind ausgesperrt worden, weil sie den Schiedsspruch ablehnten, der zwar grundsätzlich an der 48stündigen Arbeitswoche festhält, jedoch zur Behebung der Notlage der Wirtschaft eine tägliche Überstundenarbeit von zwei Stunden vorseht.

Streik der englischen Dornarbeiter. Die Verhandlungen mit den Dornarbeitern sind gescheitert. Der Ausbruch des Streiks erscheint als gewiß.

Schluß, Aufbruch! Die Generalversammlung am 11. Januar beschloß wichtige Abänderungen unseres Statuts (vergl. „Versammlung“ Nr. 1, S. 7 vom 12. Januar d. J.), besonders auch bezüglich der Berechnung von Beschlüssen der diesjährigen Generalversammlung. Punkt 4, Absatz 3 hat außer den gewählten Delegierten nun auch diejenigen Vertreter der Betriebe (gemäß der betr. Mitgliedschaft) umfassen, die aus dem Reichs- und Provinzialverband mit dem Streik 1923 vorzeitig traten. Mit anderen Worten haben sie ein Mitspracherecht.

Deutscher Berggewerkschaft, Bezirk V, Berlin 11. Die Beschlüsse der Wähler 2. B. am Sonntag, den 21. d. M., sind unübersehbar nicht haltbar. (Streit) Punkt 4 Absatz 3 ist im Expeditionsbüros Mitgliedschaften. Es ist nicht jedes Mitglied zu entscheiden.

Café Zielka Variété-Kabarett, Friedrichstraße 69, Ecke Leipziger Straße. Nachmittags 4 1/2 Uhr, abends 7 1/2 Uhr großes Programm.

Bei Husten, Asthma und Lungenleiden sind Sanittarier Dr. Weerscheider's Brust-Tee sowie das deutsche Rezept nach Original-Vorschrift seit Jahren erproben und bestens bewährt. In Original-Verpackung erhältlich.

Elefanten-Apotheke, Berlin, Leipziger Str. 74 (Dönhofspl.)

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaftl.: J. A. Ernst Reuter; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: E. A. Steiner; Verlags- und Druckerei: J. A. Steiner; Berlin, Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 8, 6. bis 11. Stock.

CONSTANTIN CIGARETTEN



Vereinigen alle
Geschmacksvorzüge,
die der
verwöhnte Raucher
von einer guten
Cigarette verlangt....

Das Werden der Volksbibliotheken.

Als vor hundert Jahren der Staat die allgemeine Schulpflicht eingeführt hatte und jeder lesen und schreiben lernen konnte, entstand das Bedürfnis nach allgemeinen Bibliotheken, welche die Bildung der Massen fördern sollten. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden in Preußen die ersten Volksbibliotheken gegründet. Diese waren zunächst nur Sammlungen von Büchern, die den Bürgern zur Verfügung gestellt wurden. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Volksbibliotheken in Deutschland weit verbreitet. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden die Volksbibliotheken in Deutschland weit verbreitet.

Von der National- zur Volksbibliothek.

Der Konfessionsrat Stephan zu Castell hatte 1797 eine solche Einrichtung im Auge, als er „Nationalbibliothek“ forderte. Damit wollte er die Bildung der Massen fördern. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden in Preußen die ersten Volksbibliotheken gegründet. Diese waren zunächst nur Sammlungen von Büchern, die den Bürgern zur Verfügung gestellt wurden. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Volksbibliotheken in Deutschland weit verbreitet. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden die Volksbibliotheken in Deutschland weit verbreitet.

Amerikanische Bibliotheken.

Amerika hat frühzeitig die Möglichkeit erkannt, die öffentliche Bibliothek für die wirtschaftliche Hebung des gesamten Volkstandes zu betreiben. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden in Amerika die ersten Volksbibliotheken gegründet. Diese waren zunächst nur Sammlungen von Büchern, die den Bürgern zur Verfügung gestellt wurden. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurden die Volksbibliotheken in Amerika weit verbreitet. In der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurden die Volksbibliotheken in Amerika weit verbreitet.

gleich 932 990,31 M. Von den 46 Millionen Büchern besaßen heute 37 ihre besondere Bibliotheksgeschichte. Der Staat regte aber nicht nur die Gründung von Bibliotheken an, er unterstützte sie auch und überwachte durch seine Bibliothekskommission den ganzen Betrieb. Die „Public Library“ ist in Amerika zu einem wirtschaftlichen und kulturellen ersten Ranges geworden und zählt zu den Brennpunkten des öffentlichen Lebens. Das Buch gilt als Verkehrsmittel wie Post, Eisenbahn und Telephon. Wie weit das Bestreben nach weitestgehender Wirkungsvoller Büchervermittlung geht, berichtet der Züricher Bibliothekar Escher in seiner Schrift „Amerikanisches Bibliothekswesen“ (Tübingen: Mohr 1923). Die Eindrücke, die er auf seiner Studienreise in der Nachkriegszeit gesammelt hat und wiedergibt, geben manche Anregung. Die New Yorker Bibliothek besitzt 43 Zweigstellen, die die Benutzung von Büchern erleichtern. Boston mit seinen 600 000 Einwohnern hat deren 30. Die Bücher werden den Lesern aber noch weiter, in Form von Wandbibliotheken, entgegengebracht. Sie gehen in Schulen, Kolonien, Armsträume, Gefängnisse, Arbeitshäuser usw. Alle Volkshochschulbestrebungen gehen weitestgehende Unterstützung. Eine Verteilung des Lesestoffs durch ein so feines Netz von Kanälen hilft der Bibliothek wesentlich bei der Erfüllung ihrer Bildungsaufgabe. Der größte Hochdruck wird auf die Arbeit in der Ausleihe, die Ausleiherstellung gelegt. Der amerikanische Bibliothekar bietet darin das Menschenmögliche. In der New Yorker Bibliothek gibt es sogar einen „Chef des Informationsdienstes“. Die Bibliothek gibt briefliche und telephonische Auskunft, nicht nur über Bücher, sogar über irrenden andere Dinge, sie versteht geradezu die Stelle eines Briefpostamtes. Auf einem Propagandablatz der New Yorker Bibliothek wird gesagt, daß sie jährlich 5000 telephonische Anfragen beantwortet. Eine Bibliothek, die nicht insbunde ist, den Kaufmann zu unterweisen, wie er sein Personal in humaner Weise organisiert und damit um so größeren Erfolg erzielt, den Gewerbetreibenden, wie er seine Arbeit fruchtbarer und vorzuleistender verrichtet, die hat heutzutage keine Existenzberechtigung mehr. Für sämtliche Leser kennt man übrigens in Amerika außerordentlich strenge Strafbestimmungen, die auch gesetzlich geregelt sind. Sie beweisen die Wichtigkeit der Bibliotheken. Der Staat New York kennt heute noch Strafmaxima von 500 Dollar und 3 Jahren Haft! 1916 betrug der diese willkommene Einnahmen für die New Yorker Public Library 6300 Dollar, die Ausgaben für Bücher und Buchbinder 35 700 Dollar.

Zusammenfassung von Bibliotheken.

Die amerikanischen Bibliotheken haben sich untereinander mit ihren Beständen aus und legen vielfach auch ihre Leser in die Lage, mit Hilfe von Generalverzeichnissen sich über die Bestände der übrigen Bibliotheken an Ort zu unterrichten. Die Vermittlungstätigkeit einer Zentralstelle ist auch ökonomisch recht wichtig. Sie macht Anschaffungen von oft verlangten kostspieligen Büchern in vielen Exemplaren überflüssig. Im Jahre 1900 schlug die Berliner städtische Bibliothekskommission dem Magistrat eine solche Zusammenfassung aller städtischen Bücheransammlungen vor (Magistratsbibliothek, Bibliothek des Märkischen Museums, des Statistischen Amtes, der Bauverwaltung, die Gymnasien und Realhauptschulen usw.), um die Benutzung der Sammlungen, unter denen sich auch die wissenschaftlich bedeutendsten Bibliotheken des Gesamtstaats zum Großen Vorteil und des Friedrich-Werderschen Gymnasiums befinden, weiteren Kreisen leichter zugänglich zu machen. Ein Generalverzeichniskatalog, in der Stadtbibliothek aufgestellt, sollte sämtliche Bücherverzeichnisse aufführen. Der Plan ist leider nicht verwirklicht worden. Dieses, was im Laufe der letzten 20 Jahre in der Entwicklung der städtischen Bibliotheken erreicht wurde, mußte preisgegeben werden. Von 31 Volksbibliotheken ist Berlin seit 1922 auf 23 herabgekommen.

Opfert unter Volk seine Bildungsmittel, so gibt es selbst keine Hoffnung auf einen Aufschwung. Der Wert unserer öffentlichen Bibliotheken bedeutet auch Verzicht auf eine Volksgemeinschaft. Denn sie sind diejenigen Einrichtungen, die insbunde sind, ein Netz gewisser gleichmäßiger Bildungsgrundlagen allen Volksgenossen zu vermitteln und alle zu einer Bildungsgemeinschaft zusammenzuschließen, die erst zu einer wirklichen Kulturgemeinschaft führen kann.

Das Wiener Bauprogramm.

Das Bauprogramm der Gemeinde Wien hat überall berechtigtes Aufsehen erregt. Bekannt sind die anerkanntesten Urteile bürgerlicher deutscher Kommunalpolitiker über die Ausbaufähigkeit der Wiener sozialistischen Stadterwaltung. Für die nächsten fünf Jahre ist der Bau von 25 000 Wohnungen vorgesehen, wodurch für 100 000 Menschen Wohnraum geschaffen wird. Das Jahr 1924 soll nun die Periode dieser intensiven fünfjährigen Bauaktivität mit einem Bauprogramm eröffnen, das die Errichtung von 25 großen Wohnhausbaugruppen mit rund 4600 Wohnungen in den 18 Wiener Bezirken vorsieht. Die Verbauung ist in großen Häuserkomplexen geplant, die zu Baugruppen zusammengeschlossen werden. Die größte dieser Gruppen mit 1200 Wohnungen, also 5000 Einwohnern, umfaßt ein Haus zu ca. 18 Wohnungen geteilt, einen Komplex von 80 Häusern. Es gelangen überwiegend Kleinwohnungen zur Ausführung. Sie bestehen aus Vorraum, Küche, Zimmer und Vorraum oder aus Vorraum, Küche, Zimmer, Kammer und Vorraum. Daneben eine Anzahl Mittelstandswohnungen mit einem weiteren Wohnraum. Als Grundlag für die Anlage der Wohnungen gilt die Schaffung größtmöglicher Belichtungs- und Belüftungsmöglichkeiten, Vermeidung von Schichten, Zusammenfassung aller Einzelhöfe in einen einzigen großen Hof, der dann als größeres Luftreservoir zu dienen hat. Außerdem gärtnerische Ausgestaltung und Einschaltung von Grünflächen. Sämtliche Wohnungen werden mit den modernsten Einrichtungen versehen, vor allem mit Wasser, Gas, elektrischem Licht usw. versorgt und derart angelegt, daß die unzulässige Ökonomie in der Berrichtung der häuslichen Arbeiten gesichert wird. Diesem Zwecke dienen vor allem die Ausgestaltung der Wohnflächen, insbesondere der „Kochflächen“, die auch Benutzung des übrigen Raumes der Küche als Wohn- und Aufenthaltsort ermöglichen. Ferner kommen zur Anlage zentrale Waschküchen, Zentralbäder usw.; in den größeren Baugruppen sollen möglichst auch Kindergärten, Kinderpielräume, Säle und Spielplätze zur Ausführung gelangen.

Es liegt auf der Hand, daß die Durchführung eines solchen fünfjährigen Bauprogramms durch die Gemeinde von der größten Bedeutung für die Belebung der Wirtschaft ist. Tausende von Arbeitern erhalten dadurch auf Jahre hinaus lohnende Beschäftigung. Das Beispiel der Wiener Gemeinde wird hoffentlich auf die deutsche Gemeindepolitik nicht ohne Einfluß bleiben. Es muß den sozialdemokratischen Gemeindefraktionen als Ansporn dienen, den Wiener Genossen nachzusehen und dafür zu sorgen, daß auch die deutschen Gemeinden alle Kräfte anspannen, um aus Gemeindegeldern den Wohnungsneubau energisch zu fördern. Die Haushaltsplanungsarbeiten für das Jahr 1924 dürfen nicht verabschiedet werden, ohne daß nicht im weitesten Umfang Mittel für diese Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Der Totschlag in der Belle-Alliance-Straße. Die Verhaftung des Täters.

Der Arbeiter Präfer, der seine Frau nach einem Streit in seiner Wohnung in der Belle-Alliance-Str. 13 mit einem Beil erschlagen hatte, ist gestern abend in der Wohnung seines Freundes R. in der Selmastraße verhaftet worden.

Er schickte gegen 3 Uhr in die Wohnung seines Freundes A. einen kleinen Jungen und bat ihn, herunterzukommen. Da nur das 12jährige Mädchen des Freundes anwesend war, hinterließ er die Aufforderung an A., nach dem Unfall der Bahnhof zu kommen. Der Freund trat ihn dort völlig verändert wieder. Präfer hatte seinen Hart abnehmen lassen und hat nun R. ihn nach 8 Uhr abends in das Haus einzulassen und ihn in seine Wohnung aufzunehmen. Er erzählte, daß er an dem Abend vor dem Mord mit seiner Frau Streit gehabt hätte. Als er nach Hause gekommen sei, sei ein fremder Mann mit seiner Frau in der Wohnung gewesen. Der Gast erzählte, daß er ihm Arbeit verschaffen wolle. Daraufhin habe seine Frau zu dem fremden Manne gesagt: „Ach, lassen Sie man, es hat ja gar keinen Zweck dem Arbeit zu verschaffen, der ist ja arbeitslos.“ Daraufhin kam es zu einem Wortwechsel, der damit endete, daß die Frau ihrem Manne mit dem Feuerhaken die Tabakspitze aus dem Munde schlug und nach dem Beil griff. Sie habe ihn auch damit geschlagen. Rummel habe er seine Frau das Beil entzogen und ihr bei dem Ringen einen Schlag auf den Kopf versetzt. Er habe dann seine schreiende Frau auf den Teppich gezogen und zunächst das Kind beruhigt. Später habe er erst seine Photographie von der Wand genommen und sie in den Korb geworfen. Dann habe er die Wohnung verlassen und sich erst außer-

(Nachdruck durch Politik-Verlag, Berlin.)

Der Bürger.

Von Leonhard Frank.

Jürgen hörte einen dumpfen Ton: Wieder hatte die Faust des Schweigenden den hochaufgeschwollenen Mund des Mädchens getroffen. Dann sahen beide wieder reglos, die Ellbogen aufgestützt.

Die Frau mit dem schwarzblauen Gesicht spuckte, über den Tisch weg, scharf an Jürgen's Wangen vorbei. Eine dünne, weiße Wursthaut slog nach und platschte glatt auf den schwarzen Fußboden neben den Schuhen.

Der Schweigende schob, als ob nichts geschehen wäre, seiner Freundin die abgezogene Wurst hin. Das Mädchen rührte sich nicht. Die geplagte Oberlippe glück einem dämmrigen, blauen Wurm.

Jürgen war vor dem an seinem Munde vorbeifliegenden Schleim zurückgejuckt und starrte, plötzlich grau an ganzen Körper, den an Jahren noch jungen Mann an, der sich blühte, die mit schwarzem Sande verschmierte Wursthaut vom Fußboden wieder abzog und in den Mund steckte. Mit der ganzen Handfläche schob er nach, laute zahnlos und glug, auf dem Boden nach Abfällen suchend, langsam weiter. Die Menschen sah er nicht an. Nur den Fußboden. Apathisch, wie ein wandelnder Toter. Und als ihm vom Schweigenden die verschmählte Wurst zugeworfen wurde, versuchte er gar nicht, sie aufzufangen; er ließ sie gegen seine Brust prallen und erst zu Boden fallen. Strümpfe, Weste, Rock, Hemd hatte er nicht an. Nur Hosen und darüber einen Mantel. Seine Augen waren verklebt und tot. Die Unterlippe, nach außen gebogen, hing unbeweglich, schief und drei Finger breit herab.

Mit Entsetzen fordernde sah Jürgen: Dieses kranke Stück Fleisch will nur noch Essen zugeführt bekommen, während der Wilde und sogar jeder Hund, auch der elendeste, mit seinem Blute Jungsung verlangen und geben kann. Das ist Kultur, dachte er. Kultur.

Stunden vergingen, und immer mehr neue Gäste kamen. Hände in den Hosentaschen, Schultern fröstelnd hochgezogen: Obdachlose. Der hinausgeschmeißte musterte prüfend jedes sahle Gesicht, schob im Laufe der Nacht zwei Burschen und ein junges Mädchen, das die Arme hoffnungslos hängen ließ, wieder hinaus.

Der Schweigende rüttelte die Geschloßene am Arm, forderte sie so auf, jetzt wieder gut zu sein.

Was mag sie alles gedacht haben in dieser langen Nacht? dachte Jürgen. Was ihr geschehen ist, als sie nach ein Mädchen war? Oder was ihr noch bevorsteht in diesem Leben? ... Und der Aitenläter, er wird hingerichtet.

Mit einer Schulterbewegung schüttelte die noch immer aufgestülpte Eigende die Hand ab, lächelte aber dabei schief und entgegenkommend.

„Dann eben du die Hälfte und ich die Hälfte.“ gab er halb nach. „Her mit dem Geld!“

Ausrührerischer, mürrischer Gesang, vom Quartett begleitet, erfüllte unvermittelt und donnernd das Lokal. Alle brüllten mit. Die nach außen gedrehte Unterlippe hing unbeweglich auf das Kinn herab. Er suchte, bückte sich.

„Das war doch nur menschlich! Ist das nicht gemein?“ fragte der Aristokrat den hinausgeschmeißer, der, das Lokal im Blick, am Bierfass lehnte und keine Antwort gab.

Ich also werde mich nicht dabei beruhigen, daß ich fähig bin, die Schönheit eines Goethe'schen Wortes zu empfinden, dachte Jürgen, als er gegen Osten schritt, wo schon die zarte Morgenröte stieg.

Auf eine Gruppe Nachtarbeiter zu, die das Trabahn-gleis ausbelegten und eben die Axtentlampen verflüchteten, da das graue Tageslicht schon erstarrte. Ein Mann im Mantel beaufsichtigte die Arbeiter, die mit wuchtigen Rundschlägen Eisenfälle in den Asphalt trieben.

Zwei Herren, die wie Oberförster ansahen und aus einer Abendgesellschaft zu kommen schienen, blieben stehen. „Wie brav sie wieder arbeiten!“ Und gingen weiter. Wenige Tage vorher war ein Streik mit einer Niederlage der Arbeiterschaft beendet worden.

Auch Jürgen ging vorüber. „In Wirklichkeit sind es ja nur die Heher, während die Arbeiter selbst.“ hörte Jürgen, „in großen und ganzen.“

Ging aus der Stadt hinaus, am Flußufer hin. Auf der Kaimauer sah ein junger Mensch. Diesmal erkannte Jürgen sofort das leichenfahle Gesicht des Schwindsüchtigen, der den Abend vorher in der Arbeiterversammlung und später beim „Bühnweit“ gemeldet war: Ein Gesicht, in dem der Haß sich schon in Verweilung und die Verzweiflung sich schon in Gleichgültigkeit abgewandelt hatte.

Der Schwindsüchtige pfliff leise, ließ die Beine über dem fließenden Wasser baumeln. „Guten Morgen.“ sagte Jürgen

und setzte sich neben ihn, die Beine ebenfalls wasserwärts gestreckt. Von der andern Seite näherte sich ein einarmiger Invalide, sah auch nieder und begann Geld zu zählen.

Der Schwindsüchtige pfliff, zwinkerte, den Kopf schief gesteckt, die glühende Morgenröte an, zum Bettler hin und spuckte in großem Bogen aus, pfliff weiter, gleichgültig.

Auch Jürgen tat gleichgültig: „Schönes Wasser. Sind Sie immer hier?“

„Oder wo anders?“ Er lächelte höhnisch. Dann ließ er sich doch herbei: „Arbeitslos! Seit! ... Ah, die Sauband! Ich scheiß auf alles.“ Blicke wieder gewöhnlich drein. Dann biß er in einen unreifen Apfel. Die Säure zog ihm das Gesicht zusammen.

Vorsichtig fragte Jürgen: „Wollen Sie etwas zum Essen holen? Wurst?“

Der einarmige Bettler war noch immer mit Zählen beschäftigt. Er nickte, nachdem der Schwindsüchtige mit Jürgen's Geldschein fortgegangen war. „Den haben Sie gesehen. Der kommt nimmer. Ditt! die Gauner kenne ich. ... Und der dort, der jetzt da kommt, den schauen Sie sich an, das ist Herr Knipp. Der hat ausgerechnet, daß er von seinem Steinbruch, wenn er immer nur soviel brechen läßt, wie er fürs tägliche Leben braucht, bis zu seinem achtzigsten Jahre leben kann, ohne selbst was tun zu müssen. Deshalb läßt er seit Jahr und Tag nur zwei Leute im Steinbruch arbeiten. Er selber angest seit Jahr und Tag. Der will nur angeln. Nichts als angeln! Und pfeifen kann der, sag ich Ihnen! Er hat nämlich ein Klavier. Darauf spielt er, ganz ohne Noten, und pfeift dazu. Schon in aller Früh! Sie können sich nicht vorstellen, wie der pfeifen kann. Das klingt wie Geigen und Flöten. Die Arbeiter, wenn sie früh in die Fabrik gehen, bleiben stehen und horchen. ... Und dann angelt er. Den ganzen Tag. Sogar manchmal nachts.“

Herr Knipp heißt umständlich geschneidert, schäfer's freundlich und ganz für sich allein mit dem Wurm, er sich am Angelhaken baumelt: „Warte doch, warte doch. ... Er kann's nicht erwarten.“ Dann beobachtet er, zufrieden mit der Welt, den schaukelnden Schwimmer. Herr Knipp war erst einundvierzig Jahre alt.

„Der kommt nimmer. ... Ihr Geld ist futsch.“ Gleich darauf erschien der Arbeitslose, aus einer anderen als der erwarteten Richtung kommend, in der Ferne.

„Jetzt sagt er, er hätte's Geld verloren.“

(Fortsetzung folgt.)

halb und zuseht am Schließlichen Bahnhof herumgetrieben. Seinen Lebensunterhalt verschaffte er sich durch Betteln. Prüfert sagte, daß er sich nur noch seinem Kinde erlundigen und sich dann selbst der Polizei stellen wolle. Inzwischen wurde die Kriminalpolizei benachrichtigt, die ihn in der Wohnung seines Freundes verhaftete. Er wurde noch im Laufe der Nacht dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Wer wird Bürgermeister? Sattlose Kombinationen.

Der verstorbene Genosse Ritter war noch nicht beerdigt, da begann schon die Ruhhandlung der Leute, die sonst nicht genug mit altherber und pharisäischer Selbstgerechtigkeit davon reden können, daß im Rathaus keine Parteipolitik, sondern nur sachliche Arbeit eingebracht werden könne. Es ist merkwürdig, mit welchem Eifer die Verfechter der sachlichen Politik die Zeitungsblätter füllen, um ihre bisherigen Bürgermeisterkandidaturen anzupreisen. Der Drang nach der Futterkrippe scheint doch einigermaßen groß zu sein. Am auffälligsten treiben es die Deutschnationalen. Sie predigen in ihren Blättern in allen Tonarten das Lob ihres Kandidaten, des Stadtrats Bege. Amisant war's, wie der rote „Ton“ schon in parlamentarischen Kreisläusen macht und zahlenmäßig die Aussichten des Herrn Wege ausrechnet. Die Kommunisten wurden dabei bereits als sichere Säulen der deutschnationalen Kandidatur in Betracht gezogen. Man kennt eben seine Poppenheimer! Die „Germania“ war das erste Blatt, das den armen Deutschnationalen einen Strich durch die Rechnung machte. Dann kamen die Volksparteier und präsentierten den Charlottenburger Bürgermeister Scholz. Scholz soll den ganz besonderen Vorzug haben, daß er erstens nicht deutschnational ist und zweitens ein Hochmann sein soll. Trotzdem versichert die volksparteiliche „Zeit“ lugerweise, daß eine solche Kandidatur überhaupt noch gar nicht vorliege und daß die ganzen Fragen erst im Ausschuss der Stadtordnungsversammlung behandelt werden würden. Viel Kopfzerbrechen machen der Presse die Absichten der Sozialdemokratie. Mit verdächtigen Eifer nimmt sich der kommunale Berichterstatter der „Voll. Ztg.“, der vor der bloßen Möglichkeit, daß ein Sozialdemokrat gewählt werden könnte, eine große Angst zu haben scheint, unserer geheimsten Wünsche an. Da wurde mindestens sechsmal hintereinander unser Schöneberger Genosse Czeminski zum Kandidaten der Sozialdemokratie ernannt. Als wir gar nicht darauf reagierte, kam der Charlottenburger Genosse Dr. Herz an die Reihe. Er wird schüchtern zum „linken Sozialdemokraten“ gestempelt. Der Zweck der Werbung dürfte klar sein. Dabei sind alle diese Kombinationen und Gerüchte vollkommen gegenstandslos. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich mit der ganzen Frage überhaupt noch nicht beschäftigt. Und wenn sie sich damit beschäftigt, dann wird es auch ohne die wohlwollenden Ratsschläge des Kommunalpolitikers der „Voll. Ztg.“ abgehen.

Ein mikaläcker Einbruch.

Weil sie „im Krachen sehr erfahren“ war.

Die vorgestern ausgelegte Verhandlung gegen den Diener Ernst Kastner, die Stenotypistin Charlotte Kastner und den Kaufmann Willi Harbriht wegen des räuberischen Ueberfalls auf die Ehefrau des Kunsthandlers Beda in der Viehburger Straße wurde nunmehr vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III zu Ende geführt. Als Sachverständige waren Sanitätsrat Dr. Leymann und Medizinalrat Dr. Thiele geladen.

Der 27jährige Ernst Kastner, der bei dem Kunsthandler Beda etwa 10 Wochen vor dem Raubüberfall als Diener angestellt worden war, bezeugt die Tat als einen Racheakt gegen Frau Beda, die ihn immer schikaniert und häufig geohrfeigt habe. Deshalb habe er sie durch Vernahme des Silberzeuges, das sie sehr liebte, empfindlich treffen wollen. Der Angeklagte bestritt, einen Raubüberfall beabsichtigt zu haben. Die Schwester des Angeklagten, die 20jährige Charlotte Kastner, erzählte, daß ihr Bruder öfter davon gesprochen habe, einen Diebstahl zu begehen, um sich und ihre bessere Lebensbedingungen zu verschaffen. Sie bestritt, selbst auf Frau Beda mit eingeschlagen zu haben. Sie sei damals bereits in anderen Umständen gewesen. Der Vorsitzende hielt ihr vor, daß sie beim Flächten Harbriht Vorwürfe gemacht habe: „Weil du bist wohl zu feige gewesen?“ Annelotte: „Das ist nicht wahr, ich habe ihn vorher im Dunkeln gefragt, ob er kein Herzstücken habe.“ Der dritte Angeklagte Harbriht ist in vollem Umfang gefähndet. Er bleibt dabei, daß Charlotte K. diese Vernehmung getan habe. Ernst Kastner habe ihm erzählt, daß er bei reichen Leuten Diener sei und daß dort viel Silber und wertvolle Teppiche seien. Er selbst habe den Auftrag gehabt, Ketten zu besorgen, um die Frau des Kunsthandlers zu bestehlen. Er habe dazu aber kein Geld gehabt. Am Abend der Tat hätten sie einen Sandhaß mitgenommen. Gleich beim Betreten der Wohnung wurde die Telephonleitung durchgeschritten und aus einer Wäscheleine Stühle zum Herstellen zurückgemacht. In der Küche kam sie dann von Frau Beda überrascht worden, worauf sie alle drei über sie hergefallen seien und auf sie eingeschlagen hätten. Die Ueberfallene habe aber um Hilfe gerufen. „Ich und Lotte“, so bekräftigt der Angeklagte, lagen auf der Frau. Dabei bekam ich in der Dunkelheit Schläge auf den Kopf wahrscheinlich von Lotte, die mich für Frau Beda hielt. — Der Zeuge Beda hat die Ueberzeugung, daß Lotte Kastner die Anstifterin der Tat gewesen sei, denn sie habe auf ihren Bruder großen Einfluß gehabt. Sowohl er wie Frau Beda selbst bestritten entschieden, daß der Diener von ihr schlecht behandelt worden sei. Frau Beda gab dann noch eine eingehende Schilderung des Ueberfalls. Durch Beissen und Krachen habe sie verhindert, daß ihr die auf ihr tretenden Täter einen Anstoß in den Mund stecken. „Ich bin im Krachen sehr erfahren“ fügte die Zeugin unter lebhafter Heiterkeit des Publikums hinzu. Die Sachverständigen bezeichneten das Geschwisterpaar als sehr minderwertig und geistig zurückgeblieben. Das Gericht billigte allen drei Angeklagten mildernde Umstände zu. Ernst Kastner erhielt 3 Jahre Gefängnis, Harbriht und Lotte Kastner 2 Jahre Gefängnis. Den Angeklagten wurden auch die bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 bzw. 2 Jahre aberkannt. Ernst Kastner und Harbriht nahmen des Urteil sofort an, während Lotte K. erklärte, daß sie sich dabei nicht beruhigen würde.

„Lodenwästers“ Doppelgänger.

Der Schloffer Hans Waldow wurde beschuldigt, bei seiner Festnahme den Polizeiwachmeister Haeriel angegriffen zu haben und hatte sich deshalb wegen versuchten Todschlages vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte hat zahlreiche Vorstrafen erlitten. Bei

seiner Verhaftung war er einmal aus der Strafhaft in Tegel ausgebrochen. Ein anderes Mal war es ihm gelungen, trotzdem er schwer gefesselt war, aus dem fahrenden D-Zug Köln-Berlin zu entfliehen. Der Angeklagte erklärt, daß er die Tat nicht verübt habe, sondern daß eine Personenerwechslung vorliege. In der Zwischenzeit hat er mehrere Briefe an den Vorsitzenden geschrieben, in denen er sich als unschuldig erklärt und bittet, seinen Doppelgänger, den „Lodenwäster“, unter allen Umständen zu ermitteln. Ein Zeuge, der in jener Nacht, in der der Wachmeister angegriffen wurde, ebenfalls festgenommen wurde, erklärte unter seinem Eid, daß der Mann, der mit ihm zusammen festgenommen wurde und die Schüsse abgab, nicht mit Waldow identisch sei, allerdings besitze eine frappante Ähnlichkeit. Nach einer weiteren Reihe von Zeugenaussagen hielt der Staatsanwalt den Nachweis für misslungen und beantragte gegen Waldow 8 1/2 Jahre Zuchthaus. Der Verteidiger vertrat den Standpunkt, daß begründete Zweifel bestehen müßten, daß der Angeklagte der Täter sei und verlangte die Freisprechung. Das Gericht schloß sich nach längerer Beratung dem von der Verteidigung vertretenen Standpunkt an, da manche Umstände zugunsten des Angeklagten sprechen, namentlich der gegläubte Nachweis, daß er sehr häufig verwechselt worden sei. Das Gericht konnte sich nicht entschließen, den Angeklagten wegen Todschlagsversuches und unerlaubten Waffensbesitzes zu verurteilen. Erwieselt ist jedoch, daß Waldow sich bei seiner Festnahme einen falschen Namen beilegte hatte. Das Gericht verurteilte Waldow wegen intellektueller Urkundenfälschung zu vier Monaten Gefängnis.

Proletarische Feierstunden.

Am Sonntag, den 17. Februar, vormittags 11 Uhr, findet im Großen Schauspielhaus, Karlstraße, eine proletarische Feierstunde statt. Die Feier erhält dreimal ihren besonderen Charakter durch das Zusammenwirken dreier großer Chöre, des „Berliner Schubert-Chors“ und des „Großen Chors Groß-Berlin“ (beide vereint in der Gemeinschaft „Proletarischer Musikfreunde“) unter Leitung von Joscha Hörenstein und des Sprechchors für proletarische Feierstunden unter Leitung von Albert Florath. Eingeleitet wird die Feier durch ein Orgelpräliminar, gespielt von J. G. Köhrbach, anschließend singt der „Gemischter Chor Groß-Berlin“ drei Lieder. Dann spricht Wilhelm Dietzler vom Staatstheater einige Gedächtnis. Es folgen drei Lieder, gesungen vom „Berliner Schubert-Chor“. Die Ansprache hält die Reichstagsabgeordnete Genossin Bohm-Schuch. Nach einer kurzen Ueberleitung durch Orgelstück spricht der Sprechchor das Chorwerk „Wellenwende“ von Franz Rothfelder. Als Einzelsprecher wirken mit: Elsa Wagner, Heinrich Witte und Walter Werner vom Staatstheater. Eintrittskarten zum Preise von 80 Goldpfennigen im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstraße 3, im Zigarrengeschäft von Horst, Engelstraße 24/25 (Gemeinschaftshaus), Landgemeindefeuerhaus Sophienstraße, Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 2, sowie bei sämtlichen Abteilungsleitern und am Tage der Veranstaltung im Großen Schauspielhaus.

Die entwischten Hühnerdiebe.

Der Fahrdienstleiter des Bahnhofes Köpenick bemerkte zwei ihm verdächtige Männer, die einen nach Berlin zur Abfahrt bereitstehenden Vorortzug bestiegen. Er rief den Bahnhofsposten herbei, und mit Hilfe des Fahrdienstleiters brachte der Beamte die beiden Männer nach dem Dienstraum des Bahnhofs. An der Tür rief sich plötzlich der Mann, den der Fahrdienstleiter führte, los und stürzte in der Richtung nach Hieslortorten davon. Der Polizeibeamte überließ die Bewachung des anderen Mannes dem Bahnpersonal und nahm die Verfolgung des Flüchtenden auf, der den Schienenstrang entlang lief. In dem Weichstellbahnhause drehte sich der Verfolgte blickschnell um und feuerte auf den Beamten drei Schüsse ab, die aber fehlgingen. Dann sprang er die Böschung hinab. In diesem Augenblick gab der Beamte ebenfalls drei Schüsse ab, von denen einer getroffen habe mußte, da der Mann einige Augenblicke im Dausen innehielt und sich nach dem rechten Oberarm schaute. Dann jagte der Mann an dem dort befindlichen Jaun entlang, bestieg eine der hier stehenden Lorren und sprang über den Zaun. Mehrere Streckenarbeiter, die sich dem Manne entgegenstellen wollten, wurden von ihm mit der Waffe bedroht, so daß sie zurückwichen. Dann verschwand der Mann im Gebüsch und wurde trotz sofortigen Aufsuchens des Geländes nicht mehr gesehen. Inzwischen war auch der andere Festgenommene unter Zurücklassung seines Kanteis, eines Rucksacks mit Luftpumpe, einer Zange, eines Schraubenschlüssels, zweier Paar Schuhe und eines geschlachteten Huhnes, das in ein Blatt der „Morgenpost“ gehüllt war, entwichen. Es handelt sich wahrscheinlich um Hühnerdiebe, die in den Vororten ihr Unwesen treiben.

Mord und Selbstmordversuch. Der 46 Jahre alte Fahrstuhlführer Karl E. versuchte sich und die 36 Jahre alte Tochter seiner Wittin, die Witwe Anna H., in seinem abgemieteten Zimmer in der Fürstendamm-Str. durch Leuchtgas zu vergiften. Er nahm sie in sein Zimmer und, nachdem die H. eingeschlafen war, öffnete er die Gashähne. Die Wohnungsinhaberin, durch den Gasgeruch aufmerksam gemacht, rief einen Schloffer herbei, der die Tür gewaltsam öffnete. Ein Arzt konnte beide ins Leben zurückrufen. Die H. verblieb in der mütterlichen Wohnung, während E. als Polizeigefangener nach dem Staatskrankenhaus geschafft wurde. Das Motiv zu der Tat ist darin zu suchen, daß E. heute ausziehen sollte. Er hat wahrscheinlich die Tat aus Rache begangen.

Filmbrand in einem Kino. In dem Lichtspieltheater „Bienen“, Wilmersdorfer Str. 150, entstand beim Einführen eines Filmstreifens in den Vorführungsapparat ein Brand infolge Unachtsamkeit. Der Vorführer brannte vollständig ab und der Vorführer trug einige Brandwunden davon.

Steigende Milchpreise. Die Preise für Vollmilch betragen bei Abgabe der Milch vom Kleinhandler an den Verbraucher 33 Goldpfennige, bisher 32 Goldpfennige, bei Abgabe der Milch aus Kuhställen an den Verbraucher 36 Goldpfennige. Die Preise für Magermilch betragen 15 Goldpfennige. Die festgesetzten Preise gelten vom 16. Februar 1924 ab, mit dem gleichen Tage treten die bisherigen Preisfestsetzungen außer Kraft. Die A-Milcharten werden mit 1/4 Liter, die B-Milcharten sowie die Karten für werdende Mütter (C-Karten) mit 1/2 Liter Vollmilch geliefert. Infolge der Heraushebung der Berliner Butternotierung auf 1.80 M. für ein Pfund Butter war das Milchamt genötigt, den Milchpreis um einen Pfennig je Liter zu erhöhen.

Der Rundfunk.

Vor kurzem wurde der Presse Gelegenheit gegeben, durch einen Besuch des Vog-Hauses in der Potsdamer Straße 4 die künftige Stätte des deutschen Rundfunks kennen zu lernen. Einer Besichtigung der Sendeanlagen gingen Vorträge voraus.

Staatssekretär Dr.-Ing. Bredow sprach über den weiteren Ausbau des deutschen Unterhaltungsrundfunks. Er teilte mit, daß die technischen Verbesserungen am Berliner Sender in letzter Zeit so große Fortschritte gemacht hätten, daß demnächst mit der unmittelbaren Uebertragung von Konzerten der Philharmonie und Opern begonnen werden soll. Für Berlin ist ein stärkerer Sender mit großer Antenne im Bau und gleichzeitig wird eifrig an den Sendern für München, Stuttgart, Frankfurt (Main), Leipzig, Breslau, Hamburg und Königsberg gebaut, so daß bald in allen Gegenden Deutschlands die Darbietungen zu hören sein werden. Die Zukunft des Rundfunks ist in erster Linie davon abhängig, daß dem Publikum stets etwas Neues und Besseres geboten wird, d. h. für das Sendegeschäft müssen immer größere Mittel aufgewendet werden. Deshalb ist der deutsche Rundfunk auf dem Grundsatze von Leistung und Gegenleistung aufgebaut und eine starke Organisation durchgeführt worden. Die Teilnehmer sollen für das Gebotene zahlen, und es muß nach Möglichkeit verhindert werden, daß die Empfänger Schwünge ausenden und andere Zuhörer durch Pfeifen und heulende Töne in ihrem Genuß stören, wie es manche Geheimorganen in Deutschland leider tun. Mehr als hundert Fabriken mit mehreren tausend Arbeitern hind mit dem Bau von Empfängern beschäftigt. Ununterbrochen hört man von Neugründungen. Dieses Gründungsfieber hat jedoch auch verschiedene bedenkliche Seiten, da eines Tages ein gewisser Stillstand eintreten muß, der in Amerika vielen Firmen verhängnisvoll geworden ist. Die Auswirkungen des Rundfunks in kultureller, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht sind vorläufig noch gar nicht zu übersehen, besonders für das Nachrichtenwesen wird er mit der Zeit große Bedeutung gewinnen. Das Reichspostministerium hat die Führung auf diesem Gebiete übernommen, weil bei der Eigenart der Funktechnik ein Nebeneinanderarbeiten vieler Sender nur unter zentraler Betriebsleitung technisch und wirtschaftlich möglich ist, und weil ohnehin schon eine geeignete Organisation für den Betrieb der zahlreichen Reichspostsender vorhanden war. Aufschließen hieran sprach Prof. Leibhäuser über die „Einführung in die drahtlose Telephonie“.

Die französische Revolution wird in einem Filmbildervortrag behandelt, den der Touristenverein „Die Naturfreunde“, Abteilung Südost, in Gemeinschaft mit dem Verein „Sozialistische Arbeiterjugend“, Abteilung Südost, Reichsberger Biererei, am Sonnabend, 16. Februar, in der Schulaula Reichsberger Str. 60/70 veranstaltet. Den begleitenden Vortrag hat der Studienrat Genosse Morquardt übernommen. Ferner haben Mitglieder des „Gemischten Chors“ Groß-Berlin ihre Mitwirkung zugesagt. Beginn 7 1/2 Uhr. Eintritt 0,25 Goldmark.

Ein „hellerer Vortragsabend“ veranstaltet die Jugendabteilung des Reichsverbandes der Angehörigen, Ortsgruppe Groß-Berlin am Sonnabend, den 16. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula des Sophien-Realschulsaals. Das Programm, das gleichzeitig zum Eintritt berechtigt, ist für Erwachsene 30 Pf. und für Jugendliche 25 Pf. Eintrittskarten sind abends am Saaleingang zu erhalten. Es wird um regen Besuch der Veranstaltung gebeten.

Dänische Belege über die Eltern in Dänemark befindlicher Kinder (siehe Seite 26 d. B., Berlin-Friedenau, Dorotheenstr. 26. (Zur Einlieferung Kindpassport belegen.)

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Die Ordnung für die proletarische Feierstunde treffen sich am Sonntag, den 17. Februar, pünktlich 9 1/2 Uhr vormittags im Großen Schauspielhaus, Eingang Schloßhauerdamm. — Sonntag, 17. Februar, abends 8 Uhr, im Rahmen der „Hörspiele“, bringt die Schaubühne in erhellender Beleuchtung eine Aufführung des Lustspiels „Die Schilffrüchte“. Karten zu monatlich bezahlgelassenen Preisen (40, 60, 80 und 120 Goldpfennige) sind noch zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof II.

Für die Jugendweihnacht in Friedrichshagen, die am 21. März stattfinden, werden noch Anmeldungen beim Genossen Radtzig, Friedrichstr. 30, entgegengenommen.

Das Eis in der Ostsee. Die Lübecker Bucht ist durch Nordostwind voll Eis getrieben und völlig zugefroren. Nur eine schmale Fahrrinne wird durch Eisbrecher für die aus- und eingehenden Schiffe offengehalten. Bis an die Ufer heran hat die See förmliche Eisberge geschoben. Aus Ropenhagen wird gemeldet, daß der Dorelund ein großes Eisfeld ist. Die Westseite ist nur mit Hilfe von Eisbrechern passierbar. Die östliche Fahrrinne des Kattegats ist mit Eis angefüllt und kann nur von kräftigen Dampfern passiert werden. Auch im Großen Belt sind die Verhältnisse schwierig, der Kleine Belt ist noch eisfrei, ebenso einigermaßen die westliche Fahrrinne des Kattegats. Die Dampfergesellschaft Dorelund stellte mittags die Fahrgien zwischen Ralmö und Ropenhagen ein.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Dienstag, den 12. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, Verlesung der erweiterten Mitglieder der D.D.D. Groß-Berlin im Gemeinschaftsausschuss, Eingang 36 (großer Saal). Vortrag des Genossen Stadtrat Hoff über „Arbeitslosigkeit — Gewinnen und öffentlicher Wohnungsbau“.

2. Kreis Kiergarten. Sonntag, den 17. Februar, vorm. 9 1/2 Uhr, erweiterte Kreisvorstandssitzung bei Richter, Rattigstr. 60. Die Geschäftsleitenden des Kreisverbandes trifft sich abends 9 Uhr. Pünktliches Erscheinen aller notwendig.

4. Kreis Kreuzberg. Sonntag, den 17. Februar, nachm. 3 Uhr, Uranianoratorium „Sibien“, Rattenstr. 40 Pf. sind am Eingang zu haben. Bildungsabteilung um 2 Uhr am Eingang des Theaters.

16. Kreis Schöneberg. Sonntag, den 17. Februar, nachmittags 1 1/2 Uhr, Kreisdelegiertenversammlung in Schöneberg, Potsdamer Str., bei Richter. Wichtigste Tagesordnung.

Heute, Sonnabend, den 16. Februar.

Sozialistisch-wissenschaftlicher Diskussionsabend für Beamte 8 Uhr, Juristische Sprachschule, Lindenstr. 3. Thema: „Die Rolle des Geldes.“

Morgen, Sonntag, den 17. Februar.

38. Vst. Mitglieder der Konsumgenossenschaft! Vorm. 10 Uhr bei Puh, Rattigstr. 27, Verlesung der 26. Verkaufsliste (Ziehung), der 31. (Zehnerliste) und der 17. (Zehnerliste) der 31. Tagesrechnung; Aufhellung der Kandidaten zur Vertreterwahl. Die Genossen werden gebeten, für regen Besuch zu sorgen.

40. Vst. Vorm. 10 Uhr Fortsetzung der Abteilungsversammlung bei Kaufner, Schloßhauerdamm Str. 30.

Jugendlichen Gruppe Tempelhof und Ost. Arbeiterjugend. 7 Uhr am Eingang Bahnhof Tempelhof, um gemeinsam die Veranstaltung (Anti-Eisener Abend) am Tempelhof 17 zu besuchen.

17. Kreis Jungfernkiefer und Arbeiterjugend! 6 1/2 Uhr abends gemeinsamer Abend zum „Anti-Eisener Abend“. Treffpunkt Bahnhof Stenau-Kammerberg.

WELTBEKANNTE
BATSCHARI
QUALITÄTSMARKEN

Fiats
White Star
Edens

